

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Zuwanderer mit türkischem Migrationshintergrund schlechter integriert	1
Transnationale Ehen als Bremsen sozialer Integration	7
ISA-Research Committee 55 „Social Indicators“	11
Arbeitszeiten außerhalb der Normalarbeitszeit nehmen weiter zu	12
11th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies	16

Zuwanderer mit türkischem Migrationshintergrund schlechter integriert

Indikatoren und Analysen zur Integration von Migranten in Deutschland

Die Frage der Integration von Zuwanderern und ihren Nachkommen in die deutsche Gesellschaft ist für die Zukunft des Landes essentiell und bleibt im Zentrum der öffentlichen Diskussion. Lange von der Politik ignoriert, ist in Deutschland eine sachbezogene und faktengestützte Debatte über die Zuwanderung und die gesellschaftliche Integration der hier lebenden Menschen mit einem „Migrationshintergrund“ erst spät in Gang gekommen. Inzwischen besteht aber weitgehender Konsens darüber, dass ein Misslingen der Integration mit erheblichen materiellen und nicht-materiellen Kosten verbunden ist und zu einer Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden kann. Die Frage nach dem Verlauf und Erfolg der Integration von Migranten richtet sich dabei nicht nur retrospektiv auf die Situation der bereits heute in Deutschland lebenden Personen, sondern stellt sich auch für die Zukunft: Bei einem absehbaren und bereits in naher Zukunft einsetzenden erheblichen Rückgang des Erwerbspotentials, wird die deutsche Gesellschaft – darüber sind sich die Experten einig – auch in Zukunft auf Zuwanderung in erheblichem Umfang angewiesen sein. Deren Akzeptanz, aber nicht zuletzt auch die Attraktivität Deutschlands als Zuwanderungsland, wird insbesondere vom Gelingen oder Misslingen der Integration der bisher zugewanderten Migranten abhängen.

Der vorliegende Beitrag zielt darauf ab, Erfolge und Defizite der Integration von Zuwanderern und deren Nachkommen in die deutsche Gesellschaft anhand von ausgewählten Indikatoren in verschiedenen ‚life domains‘ und differenziert nach Zuwanderergruppen empirisch zu bestimmen und zu analysieren. Anlage und Ergebnisse der Untersuchung werden maßgeblich davon bestimmt, was unter Integration verstanden und wie sie operational definiert wird. Der Auswahl der Indikatoren, an denen Integrationserfolge und -defizite nachfolgend gemessen werden, liegen zwei unterschiedliche Konzepte und Operationalisierungsansätze von Integration und Integrationserfolg zugrunde. Integration kann einerseits am Ausmaß der ökonomischen und sozialen Gleichheit zwischen einheimischer Bevölkerung und Zuwanderern gemessen und beurteilt werden. Nach diesem Verständnis sind Zuwanderer umso besser integriert, je weniger sie im Hinblick auf die Verteilung von Ressourcen und

geschätzten Gütern wie Bildung und Ausbildung, (Erwerbs-) Beteiligung, Einkommen und Lebensqualität gegenüber Einheimischen, d. h. Deutschen ohne Migrationshintergrund, systematisch schlechter gestellt oder benachteiligt sind. Diese – auch als ‚strukturell‘ bezeichnete – Dimension der Integration bezieht sich auf die Existenz gleicher Zugangschancen und Beteiligungsrechte bzw. die Vermeidung von Benachteiligung und Exklusion in zentralen Bereichen der Gesellschaft, wie dem Bildungs- und Gesundheitssystem, dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, dem Wohlfahrtsstaat und der Politik (Bosswick/Heckmann 2006: 9). Ein zweites für die Indikatorenauswahl verwendetes Integrationsverständnis bezieht sich auf die Identifikation mit der bzw. die Distanz zur deutschen Aufnahmegesellschaft. Damit werden die Dimensionen der kulturellen, interaktiven und identifikativen Integration angesprochen (Heckmann 2006).¹ Indikatoren, die für die Messung von Integration in diesem

Verständnis verwendet werden, sind u. a. die Kompetenzen im Umgang mit der deutschen Sprache und soziale Kontakte mit Deutschen², die Absicht für immer in Deutschland zu leben sowie die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Zusammenfassend – so Friedrich Heckmann (2006: 2f.) – „steht Integration also für die Angleichung von Lebenslagen und die kulturelle und soziale Annäherung zwischen Einheimischen und Migranten. In diesem Sinne ist Integration nicht nur eine analytische Kategorie zur Beschreibung eines komplexen Prozesses, sondern auch ein politisch-gesellschaftliches Ziel.“

Konzept des „Migrationshintergrunds“ angemessener als Vergleich von Deutschen und Ausländern

Für eine differenzierte und aussagekräftige Analyse der gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern in Deutschland greift der in früheren Untersuchungen übliche, allein an der Staatsangehörigkeit anknüpfende, Vergleich von Deutschen und Ausländern mittlerweile zu kurz und erweist sich als zunehmend problematisch, wenn nicht sogar inadäquat.³ Der Verlust der Trennschärfe dieser Kategorien ist vor allem darauf zurückzuführen, dass inzwischen beachtliche Teile der Bevölkerung mit einem „Migrationshintergrund“ – durch Einbürgerung, qua Geburt in Deutschland oder Zuwanderung als Aussiedler – über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Das der Komplexität des Migrationsgeschehens angemesseneres Konzept des „Migrationshintergrunds“ hat die amtliche Statistik erstmals in der Mikrozensusaufnahme des Jahres 2005 zugrundegelegt. Die Bevölkerung mit einem „Migrationshintergrund“ umfasst demnach, „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2010).

Die für die nachfolgenden Analysen gewählte Vorgehensweise orientiert sich direkt bzw.

weitgehend an diesem Konzept, wobei sowohl der Mikrozensus als auch das sozio-oekonomischen Panel (SOEP) als Datengrundlagen verwendet werden. Von einem Migrationshintergrund wird ausgegangen, wenn für die befragte Person oder mindestens ein Elternteil eine Zuwanderung aus dem Ausland, eine ausländische Staatsangehörigkeit oder eine Einbürgerung identifiziert werden kann. Bei der Verwendung des Mikrozensus wird zur Identifizierung der Elternmerkmale ausschließlich auf Angaben zu den im Haushalt lebenden Eltern zurückgegriffen.⁴ Bei der Verwendung des sozio-oekonomischen Panels werden zusätzlich auch Angaben zu Merkmalen der Eltern berücksichtigt, die über die gesamte Laufzeit des Panels erhoben worden sind.⁵

Um ein differenziertes Bild der Integration und des Integrationserfolgs von Zuwanderern und ihren Nachkommen in Deutschland zeichnen zu können, wird die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den nachfolgenden Analysen aus zwei verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Eine erste Untergliederung unterscheidet Personen, die einen Migrationshintergrund aufweisen, nach ihrer Herkunft bzw. der ihrer Eltern und erlaubt damit nicht nur den Vergleich der Zuwanderer mit der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, sondern auch den Vergleich verschiedener Zuwanderergruppen nach ihren jeweiligen Herkunftsländern, wobei einzelne Länder teilweise zu Ländergruppen zusammengefasst werden. Eine zweite Analyseperspektive differenziert die Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach ihrem Migrationsstatus und ihrer Migrationserfahrung. Dabei werden Personen mit Migrationshintergrund danach unterschieden, ob sie die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit haben und ob sie in Deutschland geboren bzw. spätestens bis zum Beginn des siebten Lebensjahres nach Deutschland eingewandert und in Deutschland aufgewachsen sind oder nicht. Dieser Klassifizierung liegt die Annahme zugrunde, dass sowohl die deutsche Staatsangehörigkeit als auch die Sozialisation und insbesondere der Schulbesuch in Deutschland eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft erleichtern und fördern könnten.

Der vorliegende Beitrag beschränkt sich auf eine Zeitpunkt Betrachtung und richtet die Aufmerksamkeit auf die Situation am Ende des ersten Jahrzehnts der 2000er Jahre. Dafür werden jeweils die aktuellsten derzeit für die Forschung zugänglichen Erhebungen des Mikrozensus (2008) und des sozio-oekonomischen Panels (2009) als Datengrundlage verwendet.⁶ Die Vorzüge des Mikrozensus bestehen primär in der Größe und Qualität der Stichprobe, die auch für kleinere Teilpopulationen weitgehend unverzerrte und zuverlässige Schätzungen ermöglicht. Im Hinblick auf die hier verfolgte Fragestellung bietet das SOEP dagegen insbesondere Vorteile in der Breite der für Individuen und Haushalte – zudem im Längsschnitt – vorliegenden Informationen sowie darin, dass neben Informationen zu den objektiven Lebensbedingungen auch Informationen zu subjektiven Einstellungen und Bewertungen erhoben werden.

Aussiedler größte Zuwanderergruppe

Der Befund, dass etwa ein Fünftel (19%) der gesamten Wohnbevölkerung einen Migrationshintergrund aufweist, verdeutlicht wie stark die deutsche Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten durch Zuwanderung geprägt und verändert worden ist (Tabelle 1). Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind Aussiedler – in der öffentlichen Diskussion vielfach weniger beachtet – mit einem Anteil von 26% die größte Teilpopulation gefolgt von Zuwanderern aus der Türkei (19%) und Osteuropa (14%). Zuwanderer aus Südeuropa, den Ländern Ex-Jugoslawiens, sowie West-/Nordeuropa stellen jeweils Anteile zwischen sieben und zehn Prozent an der gesamten Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Zuwanderer aus Asien, Afrika und dem Nahen Osten jeweils vier Prozent. Der Anteil derjenigen, die über eigene Migrationserfahrung verfügen, d. h. selbst nach Deutschland zugewandert sind, beträgt insgesamt 68% und ist erwartungsgemäß bei Erwachsenen (87%) deutlich höher als bei Kindern und Jugendlichen (15%). Über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen 2008 etwas mehr als die Hälfte (54%) aller Personen mit Migrationshintergrund. Dieser Anteil ist

Tabelle 1: Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Herkunft	Anteil an Gesamtbevölkerung	Anteil der Gruppe an allen Personen mit Migrationshintergrund	Anteil mit eigener Migrationserfahrung	Anteil deutsche Staatsangehörige
	%			
Personen mit Migrationshintergrund, darunter:	19	–	68	54
Aussiedler	4,9	26	79	100
Türkei	3,6	19	52	38
Osteuropa	2,7	14	81	49
Südeuropa	1,8	10	56	20
Ex-Jugoslawien	1,5	8	66	29
West-/Nordeuropa	1,2	7	66	31
Asien	0,8	4	73	46
Naher Osten	0,7	4	69	45
Afrika	0,7	4	64	48

Datenbasis: Mikrozensus SUF 2008

mit lediglich 20% am niedrigsten für Zuwanderer aus südeuropäischen Ländern, aber auch für die Zuwanderer aus Ex-Jugoslawien, aus „West-/Nord-Europa“ und der Türkei betragen die Anteile derjenigen, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, jeweils weniger als 40%.

Schulische und berufliche Bildungsdefizite der Zuwanderer, aber auch ausgeprägte Bildungsheterogenität innerhalb der Migrationsbevölkerung

Der schulischen Bildung und der beruflichen Ausbildung – das zeigen die Befunde zahlreicher Studien – kommt für das Gelingen der Integration in die deutsche Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu, insbesondere wegen der damit eng verknüpften Chancen auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsleben. Betrachtet man die Bevölkerung im Alter von 25 bis 49 Jahren, die das Bildungssystem in der Regel bereits durchlaufen hat und den Kern der Erwerbsbevölkerung ausmacht, so zeigen sich sowohl hinsichtlich der schulischen Bildung als auch hinsichtlich der Berufsausbildung deutliche Defizite der Zuwanderer im Vergleich mit der deutschen Bevölkerung: Während lediglich 27% der Deutschen ohne Migrationshintergrund über keinen oder höchstens einen Hauptschulabschluss verfügen, beträgt der entsprechende Anteil bei Personen mit Migrationshintergrund 46%; über einen Realschulabschluss oder Abitur verfügen 75% der einheimischen Bevölkerung, aber lediglich 54% der Bevöl-

kerung mit Migrationshintergrund (Tabelle 2). Über die mit Abstand schlechteste schulische Bildung verfügen Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund, von denen 26% keinen Schulabschluss und 45% höchstens einen Hauptschulabschluss aufweisen, aber lediglich 13% über eine Fach-/Hochschulreife verfügen. Das höchste Bildungsniveau unter den Personen mit Migrationshintergrund weisen Zuwanderer aus West-/Nordeuropa, Asien und Osteuropa auf, die damit teilweise sogar die einheimische Bevölkerung übertreffen. Im Hinblick auf die berufliche Qualifikation sind ähnliche Muster zu beobachten: Vier von zehn Personen mit Migrationshintergrund verfügen in dieser Altersgruppe über keinen beruflichen Bildungsabschluss gegenüber lediglich 12% der einheimischen Bevölkerung. Im Vergleich der Herkunftsländer variiert der Anteil ohne beruflichen Abschluss zwischen 19% (West-/Nordeuropa) und 64% (Türkei). Die im Blick auf die berufliche Qualifikation ausgeprägte Heterogenität der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt sich auch am Anteil der Personen mit einem Hochschulabschluss, der je nach Herkunftsland zwischen 5% (Türkei) und 38% (West-/Nordeuropa) variiert (einheimische Bevölkerung: 19%).

Nur geringe Bildungsdefizite bei Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit und Schulbesuch in Deutschland

Die Bildungsdefizite von Personen mit Migrationshintergrund sind in der Regel dann am

geringsten, wenn sie das deutsche Schulsystem durchlaufen haben und über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Dieser Personenkreis unterscheidet sich im Niveau der schulischen Bildung kaum von der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und verfügt wesentlich häufiger über eine Berufsausbildung als Personen mit Migrationshintergrund, die nicht in Deutschland die Schule besucht haben und nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Entsprechende Effekte sind vor allem auch bei Personen mit türkischem Migrationshintergrund zu beobachten. Sofern sie das deutsche Bildungssystem durchlaufen haben und über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, reduzieren sich die Bildungsdefizite gegenüber der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund drastisch: Keinen allgemeinen Schulabschluss haben in dieser Population lediglich 4% (Deutsche o. M.=2%), aber 30% verfügen über eine Fach-/Hochschulreife (Deutsche o. M.=34%). Dagegen bleiben 37% der Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und nicht die deutsche Schule besucht haben, ohne allgemeinen Schulabschluss und lediglich 8% verfügen über die Fach-/Hochschulreife. Auch der Anteil der Personen mit türkischem Migrationshintergrund, die nicht über einen beruflichen Bildungsabschluss verfügen, reduziert sich von 64 auf 37%, wenn sie in Deutschland die Schule besucht und eine deutsche Nationalität haben. Mit 76% ist dieser Anteil bei Personen mit einem

Tabelle 2: Höchster schulischer und beruflicher Abschluss von Erwachsenen (25-49 Jahre)

Herkunft	Schulabschluss				beruflicher Abschluss ¹	
	(noch) kein Abschluss	Hauptschule	Realschule	(Fach-) Abitur	(noch) kein Abschluss	Universität/ FH
	%				%	
Deutsche - ohne Migrationshintergrund	2	25	40	35	12	19
Personen mit Migrationshintergrund, darunter:	12	34	23	31	40	15
Aussiedler	4	35	35	27	26	12
Türkei	26	45	17	13	64	5
Osteuropa	4	30	25	42	27	22
Südeuropa	13	46	19	23	45	11
Ex-Jugoslawien	12	45	24	20	38	7
West-/Nordeuropa	3	19	21	57	19	38
Asien	12	22	32	43	48	22
Nahe Osten	22	18	14	47	55	21
Afrika	20	23	16	41	54	15
"Nationalität deutsch, Kindheit in Deutschland verbracht" ²	3	27	27	43	26	19
"Nationalität deutsch, Kindheit nicht in Deutschland verbracht" ³	7	35	31	27	32	13
"Nationalität nicht deutsch, Kindheit in Deutschland verbracht" ²	7	45	27	22	34	8
"Nationalität nicht deutsch, Kindheit nicht in Deutschland verbracht" ³	18	33	16	33	50	1

1) Die Kategorien Lehre/Fachschule und Meister/Techniker sind nicht ausgewiesen

2) In Deutschland geboren oder vor Beginn des siebten Lebensjahres nach Deutschland eingewandert

3) Ab dem siebten Lebensjahr nach Deutschland eingewandert

Tabelle 3: Stellung im Beruf¹

Herkunft	un-/angelernte Arbeiter	Facharbeiter, Vorarbeiter, Meister	einfache Angestellte	qualifizierte Angestellte	Beamte	Selbständige
	%					Deutsche -
ohne Migrationshintergrund	12	15	4	47	7	10
Personen mit Migrationshintergrund, darunter:	34	13	4	35	1	7
Aussiedler	35	20	4	34	2	5
Türkei	45	16	3	20	0	8
Osteuropa	36	10	4	36	0	9
Südeuropa	27	19	6	35	1	5
Ex-Jugoslawien	49	10	4	24	0	7
West-/Nordeuropa	7	10	6	56	3	7

1) Kategorie Anteil von Auszubildenden nicht ausgewiesen

Datenbasis: SOEP 2009

türkischen Migrationshintergrund, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und nicht die deutsche Schule besucht haben, mehr als doppelt so groß.

Konzentration der Zuwanderer auf un- und angelernte Arbeitertätigkeiten; Unterrepräsentation in qualifizierten Angestellten- und Beamtenpositionen

In der erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist der Anteil der Erwerbstätigen mit 50% genauso groß wie in der deutschen Bevölkerung (51%), aber der Anteil der Arbeitslosen mit 10% im Durchschnitt doppelt so hoch. Dagegen befinden sich lediglich 12% der Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Ruhestand gegenüber 23% der einheimischen Bevölkerung. Der Vergleich der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf verdeutlicht, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund und Personen mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt zumeist unterschiedliche Positionen einnehmen und sich in ihren beruflichen Chancen deutlich unterscheiden. Die Unterschiede manifestieren sich insbesondere in einer überproportionalen Konzentration der Zuwanderer auf un- und angelernte Arbeitertätigkeiten und einer Unterrepräsentation in qualifizierten Angestellten- und Beamtenpositionen (Tabelle 3): Während lediglich 12% der einheimischen Erwerbstätigen als un- oder angelernte Arbeiter beschäftigt sind, ist es unter den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund jeder Dritte, bei Personen mit einer türkischen oder ex-jugoslawischen Herkunft sogar nahezu jede Zweite (45 bzw. 49%). Eine qualifizierte Angestellten- oder Beamtenposition nehmen dagegen nur 35% der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu 54% der Deutschen ohne Migrationshintergrund ein; von den Erwerbstätigen mit einem türkischen oder ex-jugoslawischen Hintergrund sind weniger als ein Viertel als qualifizierte Angestellte beschäftigt. Wie der verschwindend geringe Beamtenanteil zeigt, ist der Beamtenstatus für Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland offensichtlich nach wie vor kaum erreichbar. Die Sonderstellung der Zuwanderer aus west- und nordeuropäischen Ländern unter den Migranten manifestiert sich auch in ihrem

– selbst im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung – überdurchschnittlich hohen beruflichen Status: Bei einem unterdurchschnittlichen Arbeiteranteil sind aus diesem Personenkreis 59% als qualifizierte oder hochqualifizierte Angestellte und Beamte tätig.

Die deutsche Nationalität sowie der Besuch der Schule und der Erwerb eines Bildungsabschlusses in Deutschland wirken sich auch erheblich darauf aus, wo sich Personen mit Migrationshintergrund im Positionsgefüge des Erwerbssystems zu platzieren vermögen. Die Unterschiede in der Verteilung auf die verschiedenen beruflichen Stellungen – und damit auch die Chancen im Zugang zu mehr oder weniger attraktiven Positionen – verringern sich im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung weitgehend, wenn Personen mit Migrationshintergrund das deutsche Bildungssystem durchlaufen haben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Niedrigeres Einkommensniveau und höheres Armutsrisiko der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Das im Durchschnitt niedrigere Bildungsniveau, die höhere Arbeitslosigkeit und der niedrigere berufliche Status schlagen sich insbesondere auch in einen, im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung, deutlich niedri-

geren materiellen Lebensstandard der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nieder. So erreichen Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt lediglich 83% des mittleren äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens (Jahreseinkommen) im Vergleich zu 104% der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund erreichen sogar nur 70% des mittleren Einkommens und weisen damit die mit Abstand niedrigste relative Einkommensposition sämtlicher Herkunftsgruppen auf (Tabelle 4). Über die im Vergleich der Herkunftsländer höchsten Haushaltseinkommen verfügen neben den Zuwanderern aus West-/Nordeuropa (105%), Zuwanderer aus Südeuropa (94%) und Aussiedler (86%).

Die im Durchschnitt schlechteren Einkommensverhältnisse der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dokumentieren sich zudem auch in der Armutsquote: Unter die Armutsrisikogrenze von 60% des mittleren äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens fallen 12% der Deutschen ohne Migrationshintergrund, aber 21% aller Personen mit Migrationshintergrund, wobei Personen mit einer türkischen Herkunft (28%), Aussiedler (26%) und Zuwanderer aus Ex-Jugoslawien (23%) überdurchschnittlich hohe Armutsrisiken tragen.

Tabelle 4: Haushaltseinkommen und Armutsrisikoquote

Herkunft	Relative Einkommensposition ¹	Armutsrisikoquote ²
Deutsche - ohne Migrationshintergrund	104	12
Personen mit Migrationshintergrund, darunter:	83	21
Aussiedler	86	26
Türkei	70	28
Osteuropa	84	16
Südeuropa	94	15
Ex-Jugoslawien	82	23
West-/Nordeuropa	105	13

1) Äquivalenzgewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen des Vorjahres (mod. OECD-Skala; Median Gesamtdeutschland = 100)

2) Anteil (in %) mit weniger als 60% des äquivalenzgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommens des Vorjahres

Datenbasis: SOEP 2009

Tabelle 5: Indikatoren zur kulturellen Integration¹

Herkunft	Sehr gute/gute Sprachkompetenz (deutsch)	Sehr gute/gute Schreibkompetenz (deutsch)	Umgangssprache überwiegend Herkunftssprache
	%		
Personen mit Migrationshintergrund, darunter:	75	60	13
Aussiedler	83	72	4
Türkei	64	54	31
Osteuropa	82	53	10
Südeuropa	78	54	13
Ex-Jugoslawien	76	62	5
West-/Nordeuropa	91	80	2

1) Nur Personen befragt, bei denen Deutsch nicht die Muttersprache beider Eltern ist

Datenbasis: SOEP 2009

Insgesamt bestätigt sich auch für die hier herangezogenen Indikatoren des materiellen Lebensstandards, dass die Abstände von Personen mit Migrationshintergrund zum durchschnittlichen Lebensstandard der einheimischen deutschen Bevölkerung für diejenigen am geringsten sind, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen und in Deutschland geboren oder spätestens bis zum Beginn des siebten Lebensjahres nach Deutschland eingewandert sind. Die Lebensstandarddefizite sind dagegen durchgängig am stärksten ausgeprägt bei Migranten, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen und erst in einem höheren Lebensalter nach Deutschland gekommen sind.

Wurde die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in die deutsche Gesellschaft bisher aus der Perspektive der Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen einheimischer Bevölkerung und Zuwanderern gemessen, wird im Folgenden die Frage nach der kulturellen und sozialen Integration bzw. der Identifikation mit oder der Distanz zur deutschen Gesellschaft aufgeworfen.

Sprachdefizite unter den Zuwanderern, insbesondere bei Personen türkischer Herkunft

Dass Kompetenzen im Umgang mit der deutschen Sprache nicht nur unverzichtbar

sind, um auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf erfolgreich zu sein, sondern auch eine entscheidende Voraussetzung darstellen, um soziale Kontakte zu knüpfen und Zugang zur Kultur der Aufnahmegesellschaft zu gewinnen, ist inzwischen unumstritten. Allerdings sind unter den Zuwanderern weiterhin beachtliche Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache festzustellen. Gefragt, wie gut sie deutsch sprechen und schreiben, antworten 75% aller Personen mit Migrationshintergrund, dass sie gut oder sehr gut deutsch sprechen und 60%, dass sie gut oder sehr gut deutsch schreiben (Tabelle 5).⁷ Für Personen mit einem türkischen Hintergrund betragen die entsprechenden Anteile jedoch lediglich 64 bzw. 54%. Zuwanderer aus der Türkei verfügen damit im Vergleich der Herkunftsländer nach eigener Einschätzung über die schlechtesten Deutschkenntnisse insgesamt, wobei Zuwanderer aus Ost- und Südeuropa in der Schreibkompetenz ähnlich schlecht abschneiden. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang zudem, dass nahezu zwei von drei Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund als Umgangssprache überwiegend türkisch sprechen und sie damit unter den Zuwanderern eine Sonderstellung einnehmen: In keiner anderen Herkunftsgruppe übersteigt der entsprechende Anteil 13% und liegt zumeist deutlich unter 10%. Die Deutschkenntnisse – sprechen und schrei-

ben – sind unabhängig vom Herkunftsland erwartungsgemäß am besten, wenn Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland die Schule besucht haben; sie sind mit Abstand für diejenigen Zuwanderer am schlechtesten, die weder in Deutschland die Schule besucht haben, noch über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen: Gut oder sehr gut deutsch sprechen in diesem Personenkreis nach eigenen Angaben 59%, gut oder sehr gut deutsch zu schreiben vermag lediglich jeder Dritte.

Soziale Integration besser als vielfach behauptet

Die soziale Integration der Zuwanderer scheint im Großen und Ganzen besser gelungen zu sein als es die öffentliche Diskussion vielfach suggeriert: 87% aller Personen mit Migrationshintergrund haben nach ihren Angaben innerhalb der vergangenen zwölf Monate Personen deutscher Herkunft in deren Wohnung besucht und 90% wurden von Personen deutscher Herkunft in der eigenen Wohnung besucht. Diese Zahlen lassen darauf schließen, dass es für eine große Mehrheit der Zuwanderer häufige und mehr oder weniger enge soziale Kontakte zu der einheimischen Bevölkerung gibt (Tabelle 6). Mit Abstand am schwächsten ausgeprägt sind die gegenseitigen Kontakte bei Zuwanderern mit türkischer Herkunft, von denen lediglich 70% berichten, Deutsche in ihrer Wohnung besucht und 76% angeben, Besuche von Deutschen erhalten zu haben.

Etwa drei von vier Personen mit Migrationshintergrund unterhalten regelmäßigen Kontakt zu Freunden und Bekannten im Ausland (Deutsche o. M. = 28%), was vermutlich in der Regel das Herkunftsland ist. Auch wenn derartige Kontakte keineswegs auf eine mangelnde Integration oder Integrationsbereitschaft hindeuten müssen, zeigt sich, dass ihre Häufigkeit – und damit die Enge des sozialen Bezugs zur ursprünglichen eigenen Heimat oder der der Eltern – umso geringer und schwächer wird, desto stärker der Bezug zur deutschen Gesellschaft ist: Während entsprechende Kontakte von 93% derjenigen berichtet werden, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen und nicht in

Tabelle 6: Indikatoren zur sozialen und identifikativen Integration

Herkunft	Besuche bei Deutschen in deren Wohnung ¹	Besuche von Deutschen in der eigenen Wohnung ¹	Regelm. Kontakt zu Freunden/Bekanntem im Ausland ¹	Wunsch für immer in Deutschland zu bleiben ^{1,2}	Anteil Eingebürgerte ^{3,4}
	%				
Personen mit Migrationshintergrund, darunter:	87	90	74	75	25
Aussiedler	89	90	59	94	-
Türkei	70	76	78	64	23
Osteuropa	94	94	69	87	41
Südeuropa	88	92	88	66	6
Ex-Jugoslawien	94	96	84	76	15
West-/Nordeuropa	98	99	75	68	1

1) Datenbasis: SOEP 2009

2) Nur ausländische und eingebürgerte Befragte

3) Datenbasis Mikrozensus SUF 2008

4) Anteil Eingebürgerte unter den Zuwanderern mit eigener Migrationserfahrung

Deutschland geboren sind oder hier ihre Kindheit verbracht haben, sind es lediglich 48% bei Personen mit Migrationshintergrund, die über die deutsche Nationalität verfügen und ihre Kindheit in Deutschland verbracht haben.

Als Indikatoren für die identifikative Dimension der Integration werden nachfolgend die Einbürgerung sowie die Absicht dauerhaft in Deutschland zu leben herangezogen. Die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft gilt zwar als ein ‚harter‘ Indikator für die Identifikation mit der deutschen Aufnahmegesellschaft (Kalter 2008: 26), ist jedoch letztlich das Ergebnis vielfältiger Determinanten und eines komplexen Entscheidungsprozesses (Diehl/Blohm 2008). Neben dem identifikativen Aspekt sind dabei insbesondere auch die je nach Herkunftsland unterschiedlichen materiellen und immateriellen Vorteile von Bedeutung, die eine Einbürgerung mit sich bringt, und nicht zuletzt müssen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt sein, was für verschiedene Migrantengruppen – z. B. in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Einwanderung und der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer – in unterschiedlichem Maße der Fall sein kann. Der hier als ein einfacher Einbürgerungsindikator verwendete Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die selbst zugewandert sind und die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, kann daher nur erste Anhaltspunkte für die Beurteilung der identifikativen Integration liefern.

Insgesamt hat bis zum Jahr 2008 jeder vierte selbst nach Deutschland eingewanderte Migrant die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben.⁸ Der Anteil der Eingebürgerten ist mit 41% am größten unter den Zuwanderern aus Osteuropa, gefolgt von Zuwanderern aus Asien, dem Nahen Osten und Afrika. Am niedrigsten ist der Anteil der Eingebürgerten unter den Zuwanderern aus Südeuropa und West-/Nordeuropa. Von den Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund, die selbst nach Deutschland eingewandert sind, haben 23% – das entspricht nahezu dem Durchschnitt aller Zuwanderer – die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen (Mikrozensus). Die dargestellte Rangfolge der Herkunftsländer in der Einbürgerungshäufigkeit bleibt auch dann erhalten, wenn die bisherige Aufenthaltsdauer als eine wesentliche Einflussgröße kontrolliert wird. Allerdings zeigt sich als Resultat von logistischen Regressionsanalysen, dass die im Vergleich zu Zuwanderern aus der Türkei größere Einbürgerungsneigung der Zuwanderer aus Osteuropa und Asien in den einfachen Anteilswerten unterschätzt wird und deutlich zunimmt, wenn die im Durchschnitt kürzere Aufenthaltsdauer dieser Herkunftgruppen berücksichtigt wird.

Drei von vier Personen mit Migrationshintergrund wollen für immer in Deutschland leben

Der zweite für diese Dimension der Integration verwendete Indikator „Absicht dauerhaft in

Deutschland zu leben“ deutet auf eine verglichen mit der Einbürgerungshäufigkeit stärkere Identifikation der Zuwanderer mit dem Einwanderungsland Deutschland hin: Immerhin drei von vier Personen mit Migrationshintergrund beabsichtigen für immer in Deutschland zu leben. Neben Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund (64%) sind es die Zuwanderer aus Südeuropa (66%) sowie West-/Nordeuropa (68%), die am seltensten die Absicht äußern, dauerhaft in Deutschland zu leben. Am stärksten ist dieser Wunsch dagegen bei Aussiedlern (94%) und Zuwanderern aus Osteuropa (87%) ausgeprägt.

Versucht man aus den dargestellten Einzelbefunden ein Fazit zu ziehen, so fällt vor allem auf, dass türkischstämmige Zuwanderer durchgängig schlechter integriert sind als andere Zuwanderergruppen: Das gilt sowohl für die Unterschiede in den Lebensbedingungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung als auch für die betrachteten Aspekte der kulturellen, sozialen und identikativen Integration. Bestätigt hat sich die Vermutung, dass Personen mit Migrationshintergrund, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen und in Deutschland geboren oder spätestens bis zum Beginn des siebten Lebensjahres nach Deutschland zugewandert sind und damit auch das deutsche Schulsystem von Anfang an durchlaufen haben, in der Regel besser integriert sind als andere Migrantengruppen, insbesondere diejenigen, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen und nicht in Deutschland aufgewachsen sind. Dieser Personenkreis weist in nahezu allen Bereichen der strukturellen, aber auch der kulturellen und sozialen Integration sowie der Identifikation mit der deutschen Gesellschaft erhebliche Defizite auf.

- 1 Zu den unterschiedlichen Dimensionen der Integration vgl. auch Esser (2006: 24 ff.) und Nauck (2008: 113 f.).
- 2 Als ein häufig verwendeter, ‚harter‘ Indikator für die interaktive bzw. soziale Dimension der Integration gilt insbesondere auch die Häufigkeit binationaler Ehen. Vgl. dazu den Beitrag von Julia Schroedter in diesem Heft.
- 3 Vgl. dazu auch Gresch/Kristen (2011).
- 4 Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2009, in dem – wie bereits 2005 – auch Angaben zu außerhalb des Haushalts lebenden Eltern berücksichtigt wurden (Migrationshintergrund im weiteren Sinn), deuten daraufhin, dass dies zumindest keinen nennenswerten Einfluss auf die Größe der damit identifizierten Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat.
- 5 Wir danken Tobias Link besonders für seine kompetente Unterstützung bei der Umsetzung des Migrationshintergrundkonzepts für das SOEP und die dafür erforderlichen komplexen Programmierarbeiten.
- 6 Für detaillierte Informationen zum Mikrozensus vgl. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/>

[Presse/abisz/Mikrozensus,templateId=renderPrint.psml](http://www.gesis.org/unser-angebot/daten-analysieren/amtliche-mikrodaten/mikrozensus/) sowie <http://www.gesis.org/unser-angebot/daten-analysieren/amtliche-mikrodaten/mikrozensus/>. Für detaillierte Informationen zum SOEP vgl. <http://www.diw.de/soep>.

- 7 Gefragt wurden nur solche Personen, die angaben, dass weder sie selbst noch beide Eltern mit Deutsch als Muttersprache aufgewachsen sind. Mit Deutsch als Muttersprache sind diesen Angaben zufolge 27% aller Personen mit Migrationshintergrund aufgewachsen.
- 8 Aussiedler bleiben wegen der für sie geltenden privilegierten Einbürgerungsregelungen bei dieser Betrachtung unberücksichtigt.

Bosswick, Wolfgang, Heckmann, Friedrich, 2006: *Integration of migrants: Contribution of local and regional authorities*. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. (<http://www.eurofound.europa.eu/publications/2006/22/en/1/ef0622en.pdf>)

Diehl, Claudia, Blohm, Michael, 2008: *Die Entscheidung zur Einbürgerung: Optionen, Anreize und identifikative Aspekte*. In: Frank Kalter (Hg.), *Migration und Integration*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 48: 437-464.

Esser, Hartmut, 2006: *Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten*. Frankfurt a. M.: Campus.

Gresch, Cornelia, Kristen, Cornelia, 2011: *Staatsbürgerschaft oder Migrationshintergrund? Ein Vergleich unterschiedlicher Operationalisierungsweisen am Beispiel der Bildungsbeteiligung*. Zeitschrift für Soziologie, Jg. 40, Heft 3: 208-227.

Heckmann, Friedrich, 2006: *Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik*. Tagungsbeitrag. Universität Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien. (<http://www.feschina.net/Files/060920-3.pdf>)

Kalter, Frank, 2008: *Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung*. In: Frank Kalter (Hg.), *Migration und Integration*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 48: 11-36.

Nauck, Bernhard, 2008: *Akkulturation: Theoretische Ansätze und Perspektiven in Psychologie und Soziologie*. In: Frank Kalter (Hg.), *Migration und Integration*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 48: 108-133.

Statistisches Bundesamt, 2010: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2009 (Fachserie 1, Reihe 2.2)*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245
heinz-herbert.noll@gesis.org
stefan.weick@gesis.org

Transnationale Ehen als Bremsen sozialer Integration

Analysen zu Ehen von Migranten der ehemaligen Anwerbeländer in Westdeutschland

Ehen zwischen Migranten und Personen der Aufnahmegesellschaft gelten als „harter“ Indikator sozialer Integration (u. a. Gordon 1964), da sie Auskunft über die soziale Distanz zwischen Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppen in dem wohl wichtigsten Bereich sozialer Beziehungen geben. Zugleich stellen sie eine Art Beschleuniger der Integration in vielen anderen Lebensbereichen dar, da durch den Partner verstärkt herkunftsspezifische Kapitalien (z. B. Sprachkenntnisse) erworben werden, die sich beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt verwerten lassen (z. B. Lieberson/Waters 1988: 162f). Bestehen zahlreiche binationale oder interethnische Ehen verliert zudem die Nationalität oder Ethnie als soziale Kategorie an Bedeutung. Von sogenannten transnationalen Ehen, also Ehen die – über die Grenze des Aufenthaltslandes – mit Partnern aus den jeweiligen Herkunftsländern der Migranten geschlossen werden, wird dagegen ein hemmender Einfluss auf den Integrationsprozess einer Migrantengruppe angenommen. Einerseits werden transnationale Ehen mit auf das Herkunftsland bezogenen Orientierungen und Einstellungen der ansässigen Migranten in Zusammenhang gebracht. Andererseits gründet die Annahme darauf, dass die auf diesem Weg zuziehenden Migranten in der Regel kaum über im Aufnahmeland verwertbare Kapitalien verfügen. Dieses kann infolge die individuelle Eingliederung erschweren, wirkt sich aber insbesondere auch hemmend auf den Integrationsprozess der nachfolgenden Generation aus. Anhand von Daten des Mikrozensus wird gezeigt, wie sich transnationale Ehen über die Jahre, die Heiratskohorten und die Generationen in Westdeutschland entwickelt haben.¹ Dabei ist festzustellen, dass insgesamt immer weniger Migranten in einer transnationalen Ehe leben. Über die Gruppen zeigen sich aber beträchtliche Unterschiede. Dies gilt auch für die binationalen Ehen, wobei hier im Großen und Ganzen eine Zunahme über die Zeit und die Generationen zu beobachten ist.

Von transnationalen Ehen wird angenommen, dass sie in Bezug auf die soziale Integration gewissermaßen den Gegenpol zu interethnischen Ehen markieren. Wird der Partner nicht nur aus derselben Migrantengruppe (im Aufnahmeland), sondern darüber hinaus aus dem Herkunftsland gewählt, gilt dies als Ausdruck einer starken Orientierung an Bräuchen und Normen des Herkunftslandes und einer geringen Identifikation mit dem Aufnahmeland (z. B. Hooghiemstra 2001).

Die präsentierten empirischen Befunde basieren auf Daten des Mikrozensus, einer amtlichen Repräsentativerhebung, bei der jährlich 1% der Haushalte in Deutschland befragt werden. Mit den Mikrozensusdaten ist es möglich, Entwicklungen über einen Zeitraum von bis zu 40 Jahren nachzuzeichnen. Zur Anpassung der Zahlen an die Gesamtbevölkerung Westdeutschlands wurden die Ergebnisse hochgerechnet (vgl. Grafik 1 und 2). Migranten und Deutsche werden, bedingt durch die Verwendung kumulierter Mikrozensus, anhand ihrer Staatsangehörigkeit unterschieden. Besitzt eine Person neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit, zählt sie als Deutsche.³

Absolute Zunahme binationaler Ehen mit Deutschen

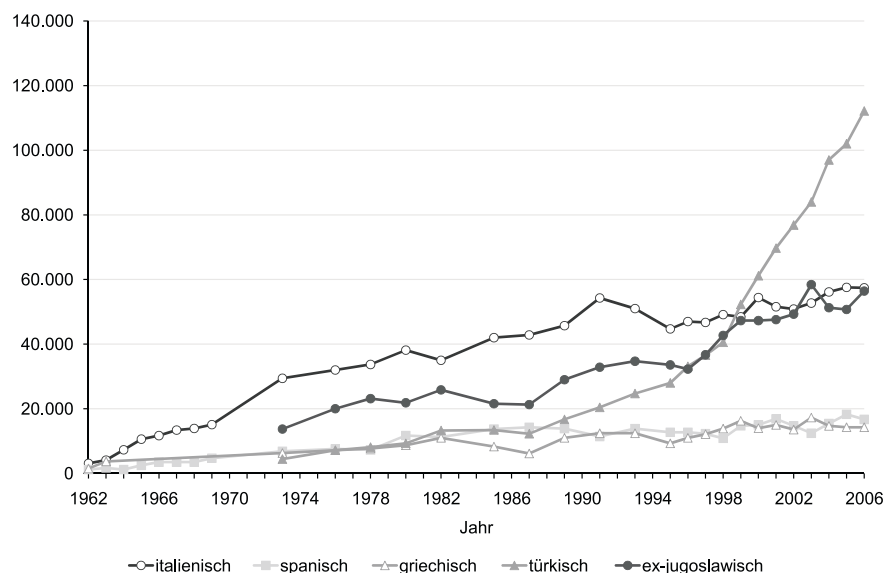
Betrachtet man die Entwicklung binationaler Ehen italienischer, spanischer, griechischer, türkischer und ex-jugoslawischer Migranten mit deutschen Ehepartner/innen seit Anfang der 1960er Jahre, stellt man für alle Gruppen insgesamt eine erhebliche Zunahme über die Jahre fest (Grafik 1). Die größte Zahl von binationalen Ehen mit Deutschen findet sich in jüngeren Jahren in der bevölkerungsstärksten türkischen Migrantengruppen. Bei ihnen ist insgesamt auch der höchste Zuwachs über die

Vor über 60 Jahren wurden von der Bundesregierung die ersten Anwerbeabkommen zur Rekrutierung von Arbeitskräften geschlossen. Mittlerweile beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Deutschland etwa 9%. Fast ein Fünftel der Bevölkerung weist einen Migrationshintergrund auf (vgl. Beitrag von Noll/Weick in diesem Heft). Ein großer Teil dieser Personengruppen entstammt einem der ehemaligen Anwerbeländer.² Im Kontext der zunehmend heterogenen Bevölkerung stellt sich die Frage, inwieweit sich diese Entwicklung auch in engen sozialen Beziehungen ihrer Mitglieder niederschlägt und welche Konsequenzen sich daraus für die gesellschaftliche Integration ergeben. In diesem Beitrag richtet sich der Fokus auf die Deskription der bestehenden Ehemuster und ihre Entwicklung; die der Partnerwahl zugrunde liegenden Mechanismen treten an dieser Stelle in den Hintergrund (siehe hierzu z. B. Kalter/Schroedter 2010, Schroedter/Kalter 2008). Es werden die größten Gruppen ehemaliger Arbeitsmigranten und deren Nachkommen in Westdeutschland betrachtet: italienische, spanische, griechische, türkische und ehemals jugoslawische Migranten.

Ehen eignen sich in besonderer Weise als Indikator der sozialen Integration, da Ehen in der Regel auf erfüllenden persönlichen Beziehungen basieren, auf Langfristigkeit angelegt sind und ein hohes Maß an Verbindlichkeit und Exklusivität aufweisen. Ehen werden auch

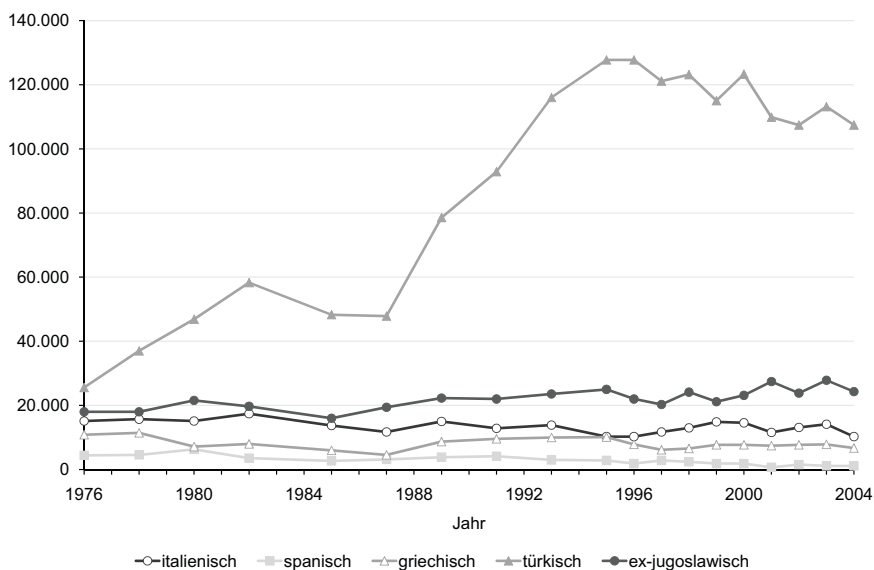
explizit als Instrumentarium sozialer Schließung „eingesetzt“: So besteht in zahlreichen Gruppen (z. B. religiösen Vereinigungen) eine Endogamienorm, welche die gruppeninterne Partnerwahl ihrer Mitglieder einfordert. Gruppenübergreifende Ehen sind somit auch ein Zeichen der Offenheit einer Gesellschaft.

Grafik 1: Anzahl binationaler Ehen von Migrantinnen und Migranten der ehemaligen Anwerbeländer mit deutschen Partnern von 1962 bis 2006, nach Staatsangehörigkeit



Datenbasis: Mikrozensus GESIS-Files 1962 bis 1969, Mikrozensus SUF 1973, 1976, 1978, 1980, 1982, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995-2006, ungewichtete Hochrechnung

Grafik 2: Anzahl transnationaler Ehen von Migrantinnen und Migranten der ehemaligen Anwerbeländer von 1976 bis 2004, nach Staatsangehörigkeit



Datenbasis: Mikrozensus SUF 1976, 1978, 1980, 1982, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995-2004, ungewichtete Hochrechnung

Zeit festzustellen. Eine große Anzahl binationaler Ehen besteht im Jahr 2006 ebenfalls zwischen Deutschen und italienischen sowie Deutschen und ex-jugoslawischen Migrantinnen und Migranten. Ausgehend von dem Bestand binationaler Ehen mit Deutschen ist für die fünf betrachteten Migrantengruppen eine zunehmende soziale Integration in die Aufnahmegesellschaft festzustellen. Dieses Ergebnis zeigt sich auch, wenn man den Anteil binationaler Ehen an allen Ehen einer Migrantengruppe über die Jahre betrachtet (vgl. Schroedter/Kalter 2008). Anteilig heiraten die spanischen und italienischen Migranten am stärksten in die deutsche Bevölkerung ein. Türkische Migrantinnen und Migranten weisen in nahezu allen Jahren dagegen den geringsten Anteil deutscher Partner/innen auf.

Der Indikator „binationale Ehe“ weist allerdings eine Unschärfe dahingehend auf, dass Staatsangehörigkeit und Migrationsstatus bzw. Herkunft der Befragten immer weniger deckungsgleich sind. Aufgrund erleichterter Einbürgerungsbedingungen seit 1991 und insbesondere seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 fallen Staatsangehörigkeit und Herkunft zunehmend auseinander. Vor allem seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Zahl der Eingebürgerten in Deutschland deutlich erhöht. Somit können sich auch in binationalen Ehen vermehrt Deutsche mit Migrationshintergrund befinden. Unter den betrachteten Gruppen weisen die türkischen sowie die ex-jugoslawischen Migranten die höchsten Anteile Eingebürgerten auf. Analysen mit dem Mikrozensus 2005 zeigen, dass in diesen Gruppen auch die deutschen Partner in binationalen Ehen häufig eingebürgert sind: Im Jahr 2005 sind in der türkischen Gruppe über die Hälfte der deutschen Ehefrauen und -männer eingebürgert, in der ex-jugoslawischen Gruppe sind es etwa 25% (ohne Abb.). Die eingebürgerten Partner/innen

besaßen vor der Einbürgerung fast ausschließlich die gleiche Staatsangehörigkeit wie ihre Ehefrauen bzw. -männer. Ein nicht geringer Anteil der in Grafik 1 ausgewiesenen binationalen Ehen türkischer und ex-jugoslawischer Migrantinnen und Migranten besteht demnach – gerade in jüngeren Jahren – zwischen Partnern derselben Herkunft. Besonders der enorme Anstieg deutsch-türkischer Ehen seit Ende der 1990er Jahre ist vermutlich in erheblichem Umfang auf gestiegene Einbürgerungen zurückzuführen. In jüngerer Zeit wird das Ausmaß der sozialen Integration der türkischen und der ex-jugoslawischen Gruppe damit zwar überschätzt, dennoch ist auch unter der Berücksichtigung Eingebürgerten eine über die Kohorten zunehmende Einheirat dieser Gruppen in die Aufnahmegesellschaft festzustellen.⁴

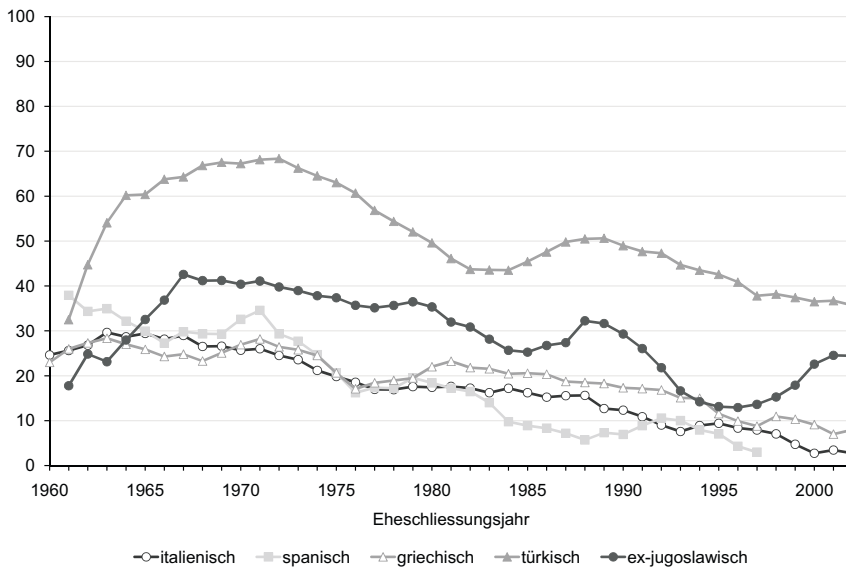
Absoluter Anstieg transnationaler Ehen von türkischen Migranten

Als nächstes wird die Entwicklung transnationaler Ehen von Migranten betrachtet. Eine transnationale Ehe beschreibt hier eine solche Ehe, in der ein Partner schon vor der Heirat in Deutschland gelebt hat, der Ehemann bzw. die Ehefrau aber erst im Zuge der Heirat zugezogen ist. Da beide Ehepartner dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen, wird angenommen, dass der Zuzug des nachziehenden Partners aus dem Herkunftsland beider Eheleute erfolgt ist. Bei den Trends transnationaler Ehen sticht wiederum – auch bedingt durch ihre Bevölkerungsgröße – die Gruppe der türkischen Migrantinnen und Migranten hervor (Grafik 2). Seit Anfang der 1980er Jahre hebt sich die Zahl transnationaler Ehen bei ihnen deutlich von den anderen Gruppen ab. Zwischen 1976 und 1996 hat die Zahl türkischer Paare, in denen ein Ehepartner bzw. eine Ehepartnerin erst mit bzw. nach der Heirat (zur Partnerin bzw. zum Partner) nach Deutschland nachgezogen

ist, fast kontinuierlich und in hohem Maße zu- und danach wieder merklich abgenommen. Für italienische, spanische und griechische Migrantinnen und Migranten ist über alle Jahre insgesamt eine rückläufige Entwicklung transnationaler Ehen zu beobachten. Neben der türkischen Gruppe steigt lediglich in der Gruppe der ehemaligen Jugoslawinnen und Jugoslawen die Zahl transnationaler Paare insgesamt an, wenn auch nur in einem geringen Umfang. Die Türken erweisen sich als die einzige Migrantengruppe, bei der in nahezu allen Jahren die Zahl transnationaler Ehen jene von binationalen Ehen mit Deutschen übersteigt. In allen anderen Gruppen überwiegen die Ehen mit deutschen Partnern. Damit wirkt sich in der türkischen Migrantengruppe, insbesondere wenn man den Einfluss von Einbürgerungen in Rechnung stellt, die transnationale Partnerwahl wesentlich (und stärker als die binationale Partnerwahl) auf die Integration der Folgegeneration aus. Kinder aus transnationalen Ehen sollten beispielsweise beim Erwerb der deutschen Sprache benachteiligt sein. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass in transnationalen Ehen im Vergleich zu den anderen Ehetypen weniger Wissen um das deutsche Bildungssystem vorhanden ist. Somit können sich durch den stetigen Zuzug neuer Migranten auch im strukturellen Bereich (dauerhafte) Nachteile für die türkische Migrantengruppe ergeben. Nachkommen der übrigen Gruppen sollten dagegen stärker von den positiven Effekten einer interethnischen Partnerwahl profitieren können. Dazu zählt, vor allem in der ersten Generation, unter anderem die Aneignung von Bräuchen und Gepflogenheiten sowie der Sprache, aber auch die Einbettung in relevante Gelegenheitsstrukturen (z. B. für gute Arbeitsplätze) (z. B. Meng/Meurs 2009 und Muttarak 2007).

Aus Sicht der Integrationsforschung ist neben den absoluten Zahlen bedeutsam, wie sich die verschiedenen Ehetypen in den einzelnen Gruppen relativ verteilen. Aus diesem Grund wird im nächsten Schritt der Anteil transnational verheirateter Migranten an allen Ehen von Angehörigen der betreffenden Nationalität betrachtet. In den Analysen werden darüber hinaus nur jene Migranten berücksichtigt, deren Partnerwahl – zumindest potentiell – Mitglieder der Aufnahmegesellschaft umfasst hat. Bei der Partnerwahl werden vier wesentliche Alternativen unterschieden: Ehen mit (1) deutschen Partnern, (2) mit „Co-Migranten“ derselben Staatsangehörigkeit, (3) mit „transnationalen“ Partnern derselben Staatsangehörigkeit sowie (4) mit nicht-deutschen Partnern einer anderen Staatsangehörigkeit. Von den Analysen ausgeschlossen werden Migranten, die bereits als Verheiratete zugezogen sind. Zur Untersuchung des Wandels der Ehemuster wird eine Kohortenperspektive gewählt, wobei es sich aufgrund der Verwendung von Querschnittdaten um synthetische Kohorten handelt. Die Entwicklungen werden für Männer und Frauen der ehemaligen Anwerbeländer getrennt ausgewiesen. Um mögliche Einflüsse selektiver Sterblichkeit oder Remigration zu

Grafik 3: Anteil transnationalen Ehen an allen Ehen von Migranten einer Heiratskohorte, nach Staatsangehörigkeit (gleitender 5-Jahres-Durchschnitt, in %)



Datenbasis: Mikrozensus SUF 1976, 1980, 1982, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995-2004 (designgewichtet), Männer bis 60 Jahre

reduzieren, wird eine Altersbeschränkung auf jene Männer bzw. Frauen einer betreffenden Gruppe vorgenommen, die zum Erhebungzeitpunkt höchstens 60 Jahre alt waren.

Männer neigen über die Heiratskohorten zunehmend seltener zu transnationalen Ehen

Grafik 3 stellt den Anteil transnationaler Ehen an allen bestehenden Ehen von Männern der verschiedenen Migrantengruppen über die Heiratskohorten dar. Aus der Kohortenperspektive und mit den vorgenommenen Einschränkungen sind nun folgende Entwicklungen sichtbar: Für alle Gruppen ist spätestens ab der Kohorte 1972 eine Abnahme transnationaler Ehen festzustellen. Während diese Entwicklung für italienische, spanische und griechische Migranten bereits ab den 1960er Kohorten einsetzt, relativ konstant verläuft und in den jüngeren Heiratskohorten entsprechend kaum noch transnationale Ehen bestehen, sind bei den ex-jugoslawischen und den türkischen Männern einige Besonderheiten zu konstatieren. Zum einen nimmt der Anteil transnationaler Ehen für Männer beider Gruppen zunächst zu, der abnehmende Trend beginnt somit jeweils auf einem recht hohen Niveau. Die Niveauunterschiede zu den restlichen Gruppen bleiben über die Heiratskohorten weitgehend erhalten. Von den Türken, die im Jahr 2000 geheiratet haben, leben noch etwa 37% in einer transnationalen Ehe. Bei den Ex-Jugoslawen zeigt sich ab der Kohorte 1995 eine erneute Zunahme transnationaler Ehen, sodass der Anteil in der Heiratskohorte 2000 mit fast 23% nahezu das Niveau der Heiratskohorten Anfang der 1990er Jahre erreicht. Von den Ehen italienischer, spanischer und griechischer Männer sind in den jüngsten betrachteten Kohorten dagegen weniger als 10% transnational.

Höhere Anteile transnationaler Ehen von Türiinnen und Ex-Jugoslawinnen

Bei den Frauen der ehemaligen Anwerbeländer fällt zunächst auf, dass die Häufigkeit transnationaler Ehen bei ihnen deutlich niedriger ausfällt als bei ihren männlichen Landsleuten (Grafik 4). Für italienische, spanische und griechische Migrantinnen hat die transnationale Ehe über alle Heiratskohorten eine untergeordnete Bedeutung. Türiinnen haben von den betrachteten Gruppen ab Ende der 1960er Kohorten jeweils den höchsten Anteil transnationaler Ehen. Bei ihnen ist eine nahezu zyklische Entwicklung zu beobachten. Insgesamt betrachtet steigt der Anteil transnationaler Ehen bei Türiinnen

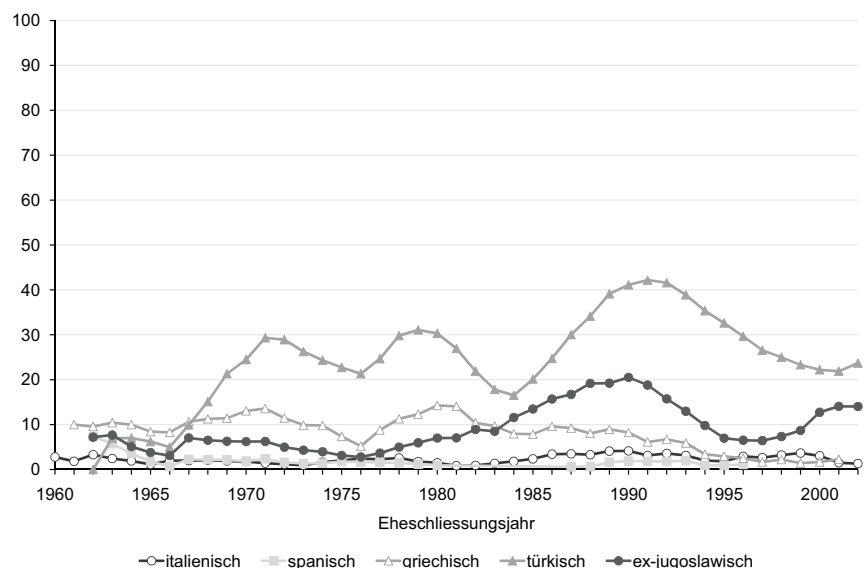
über die Heiratskohorten von 1976 bis 2002 an. Etwa 22% der türkischen Frauen, die im Jahr 2000 geheiratet haben, leben in einer transnationalen Ehe mit einem türkischen Ehemann. Wie bei den Männern ist auch bei den ex-jugoslawischen Frauen festzustellen, dass sie in jüngeren Heiratskohorten wieder verstärkt in einer transnationalen Ehe leben. Ihr entsprechender Anteil liegt in der Kohorte 2000 mit etwa 12% jedoch deutlich unter dem Niveau der ex-jugoslawischen Männer.

Die zyklischen Veränderungen in den Anteilen transnationaler Ehen türkischer Frauen legen den Einfluss veränderter Rahmenbedingungen der Partnerwahl nahe. So könnte eine beeinflussende Wirkung von dem Rückkehrförderungsgesetz ausgegangen sein, welches in den Jahren 1983 und 1984 in Kraft war und einen finanziellen Anreiz für die dauerhafte Remigration von Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer setzte. Sofern eine transnationale Partnerwahl mit einer erhöhten Rückkehrabsicht einherginge, ließe sich damit erklären, warum sich der Bestand transnationaler Ehen zwischen den Jahren 1982 und 1985 vor allem in der türkischen Migrantengruppe deutlich reduziert hat (vgl. Grafik 2) und die Anteile transnationaler Ehen von türkischen Migrantinnen und Migranten sowie von ex-jugoslawischen Männern in den Heiratskohorten kurz vor und während der Geltungszeit des Gesetzes zunächst merklich zurückgegangen, ab der Heiratskohorte 1985 dann wieder gestiegen sind (vgl. Grafik 3 und 4).

Soziale Integration steigt über Generationen

Da Integrationsprozesse sich meist über die Abfolge von Generationen vollziehen, werden die Migranten im Weiteren nach ihrer Generationszugehörigkeit differenziert. Migranten, die entweder in Deutschland geboren oder vor

Grafik 4: Anteil transnationaler Ehen an allen Ehen von Migrantinnen einer Heiratskohorte, nach Staatsangehörigkeit (gleitender 5-Jahres-Durchschnitt, in %)



Datenbasis: Mikrozensus SUF 1976, 1980, 1982, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995-2004 (designgewichtet), Frauen bis 60 Jahre

Tabelle 1: Transnationale Ehen und weitere Ehetypen für Migranten, nach Staatsangehörigkeit und Generation (in Zeilenprozent)

		Ehetyp				N
		Uninationale Ehe		Binationale Ehe		
		mit transnationaler Partnerin	mit Co-Migrantin	mit deutscher Staatsangeh.	mit Partnerin einer anderen Staatsangeh.	
Ehemann: Staatsangehörigkeit und Generationenzugehörigkeit						
Italienisch	1. Generation	21	36	40	4	3.307
	2. Generation	5	35	52	8	329
Spanisch	1. Generation	25	41	30	4	636
	2. Generation	3	31	60	6	87
Griechisch	1. Generation	23	59	16	3	1.347
	2. Generation	9	53	29	9	160
Türkisch	1. Generation	54	37	8	1	5.567
	2. Generation	36	52	11	1	977
Ex-Jugoslawisch	1. Generation	33	46	18	2	2.937
	2. Generation	22	44	30	4	152
Gesamt		36	42	20	2	15.499

Datenbasis: Mikrozensus SUF 1976, 1978, 1980, 1982, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995-2004 (designgewichtet), Männer bis 60 Jahre mit gültiger Angabe zum Zuzugs- und Heiratsjahr

ihrem 7. Lebensjahr zugezogen sind, werden als zweite Generation ausgewiesen. Zu den Angehörigen der ersten Generation zählen alle Migranten, die in einem späteren Lebensalter eingewandert sind.

Tabelle 1 gibt die Verteilung der unterschiedenen Ehetypen von Männern der ersten und der zweiten Generation je Migrantengruppe über die kumulierten Mikrozensus von 1976 bis 2004 wieder.⁵ In allen Gruppen zeigt sich – wie die Kohortentrends erwarten ließen – eine Abnahme in den Anteilen transnationaler Ehen über die Generationen. Zugleich steigt jeweils der Anteil binationaler Ehen. Dies gilt sowohl für die Ehen mit deutschen Frauen als auch für

die Ehen mit Frauen einer anderen ausländischen Staatsangehörigkeit als die der Partner. Bei den Migranten aus Italien, Spanien und Griechenland zeigt sich, dass die Option der transnationalen Partnerwahl von den Angehörigen der zweiten Generation kaum mehr genutzt wird. Türkische und ex-jugoslawische Migranten weisen dagegen auch in der zweiten Generation noch beträchtliche Anteile transnationaler Ehen auf. Eine mögliche Erklärung für die Unterschiede dieser Gruppen besteht in der (Nicht-)Mitgliedschaft in der Europäischen Union, welche in einer unterschiedlichen Anreizstruktur resultiert: Da der Zuzug für Personen aus Drittstaaten stark restringiert ist, stellt die Heirat eines ansässigen Migran-

ten auch einen Weg der Einwanderung nach Deutschland dar (vgl. Beck-Gernsheim 2006). Die betrachteten EU-Staatsangehörigen sind dagegen nicht mit Zuwanderungsbeschränkungen konfrontiert.

Bei den Frauen zeigt sich, dass der Anteil transnationaler Ehen von Türkinnen über die Generationen kaum abnimmt und bei den Ex-Jugoslawinnen über die Generationen sogar deutlich steigt (Tabelle 2). In beiden Gruppen ist darüber hinaus festzustellen, dass die Anteile binationaler Ehen mit deutschen Männern zwischen Angehörigen der ersten und der zweiten Generation kaum differieren. Dies ist für die türkischen Migrantinnen umso

Tabelle 2: Transnationale Ehen und weitere Ehetypen für Migrantinnen, nach Staatsangehörigkeit und Generation (in Zeilenprozent)

		Ehetyp				N
		Uninationale Ehe		Binationale Ehe		
		mit transnationalem Partner	mit Co-Migrant	mit deutschem Staatsangeh.	mit Partner einer anderen Staatsangeh.	
Ehefrau: Staatsangehörigkeit und Generationenzugehörigkeit						
Italienisch	1. Generation	2	81	14	3	1.301
	2. Generation	3	63	28	6	428
Spanisch	1. Generation	2	62	29	7	408
	2. Generation	0	40	47	14	96
Griechisch	1. Generation	10	77	10	3	956
	2. Generation	8	71	15	7	222
Türkisch	1. Generation	28	66	5	1	2.849
	2. Generation	27	66	6	1	1.061
Ex-Jugoslawisch	1. Generation	6	66	24	4	2.039
	2. Generation	16	51	26	6	216
Gesamt		15	68	14	3	9.576

Datenbasis: Mikrozensus SUF 1976, 1978, 1980, 1982, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995-2004 (designgewichtet), bis 60 Jahre mit gültiger Angabe zum Zuzugs- und Heiratsjahr

bedeutsamer, als sie ohnehin nur selten in einer binationalen Ehe leben. Italienerinnen, Spanierinnen und Griechinnen entscheiden sich über die Generationen deutlich häufiger für einen deutschen Partner. Im Geschlechtervergleich ist festzustellen, dass Männer nicht nur häufiger in einer transnationalen Ehe leben als Frauen, sondern – mit Ausnahme der ersten Generation der Ex-Jugoslawen – auch häufiger eine binationale Ehe führen.

Das Ziel des Beitrags bestand in der Beschreibung der Ehemuster und -trends von Migranten der ehemaligen Anwerbeländer und ihrer Nachkommen in Westdeutschland, wobei das Hauptaugenmerk auf die transnationalen Ehen gelegt wurde.⁶ Während Ehen zwischen Migranten und Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft als maßgeblicher Indikator sozialer Integration fungieren und zugleich eine Schubwirkung für die Integration in weiteren gesellschaftlichen Funktionsbereichen entfalten, wird von transnationalen Ehen ein hemmender Einfluss auf den Integrationsprozess einer Migrantengruppe angenommen. Ein stetiger Nachzug transnationaler Partner führt zu einer Art „Zwischengeneration“, da sich Kinder, die in transnationalen Ehen geboren werden, nicht eindeutig einer Generation zuordnen lassen. Sie sollten in Bezug auf aufnahmelandspezifische Kapitalien (der Eltern) gegenüber den Nachkommen aus Ehen zwischen Co-Migranten und speziell jenen aus interethnischen Ehen benachteiligt sein, sodass hohe Anteile transnationaler Ehen auch zur Erklärung bestehender ethnischer Disparitäten beitragen können. Da transnationale Ehen vor allem in der türkischen Migrantengruppe einen bedeutenden Stellenwert haben, ist anzunehmen, dass das transnationale Heiratsverhalten der Eltern zu vorhandenen Bildungsnachteilen türkischer Kinder und Jugendlicher beiträgt. Zwar nimmt der Anteil transnationaler Ehen über die Heiratskohorten (zumindest bei den türkischen Männern) ab, zeitgleich dürften die anderen betrachteten Migrantengruppen allerdings stärker von den positiven Effekten einer binationalen/interethnischen Partnerwahl profitieren. Wenngleich beträchtliche Niveauunterschiede zwischen den Migrantengruppen bestehen, ist im Wesentlichen dennoch zu resümieren, dass die soziale Integration aufgrund der Abnahme transnationaler Ehen und der Zunahme binationaler Ehen über die Zeit, die Kohorten und Generationen für alle Gruppen voranschreitet (vgl. Schroedter/Kalter 2008). Weiter zu beobachten bleibt das Heiratsverhalten insbesondere der türkischen Frauen, da sich hier (wie auch bei den Ex-Jugoslawinnen) über die betrachteten Heiratskohorten insgesamt ein positiver Trend transnationaler Ehen andeutet und auch über die Generationen kaum ein Wandel festzustellen ist.

1 Die Beschränkung auf Westdeutschland erfolgt aus Gründen der Vergleichbarkeit über die Zeit, da die Analysen auf kumulierten Daten von 1962 bzw. 1976 bis 2004 basieren und die Entwicklung der Ehetypen u. a. über die Heiratskohorten betrachtet wird.

- 2 Zahlen zur ausländischen Bevölkerung und zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund finden sich in den Migrationsberichten des Bundesministeriums des Innern (z. B. Migrationsbericht 2009, erschienen 2011).
- 3 Damit können sich unter den deutschen Partnern in binationalen Ehen auch Personen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft befinden. Seit 1996 liegt der Anteil der Doppelstaater unter den deutschen Ehepartner/innen jedes Jahr insgesamt unter 7%. Vor 1996 wurde im Mikrozensus nicht nach einer weiteren Staatsangehörigkeit gefragt, sofern eine Person über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügte. Um eine Vergleichbarkeit über die Jahre herzustellen, wurden Personen mit nur deutscher Staatsangehörigkeit und Doppelstaatern auch in den Mikrozensen ab 1996 zusammengefasst.
- 4 Die Einschätzung basiert auf weiteren Analysen zu binationalen und interethnischen Ehen mit Daten des Mikrozensus SUF 2005, mit dem es erstmals u. a. anhand von Angaben zur Einbürgerung, zur ehemaligen Staatsangehörigkeit sowie zur (ehemaligen) Staatsangehörigkeit der Eltern möglich ist, auf den Migrationshintergrund einer Person zu schließen.
- 5 In den Tabellen 1 bis 4 sowie den Grafiken 3 und 4 sind die Daten „designgewichtet“. Das verwendete Gewicht stellt die Tatsache in Rechnung, dass es in aufeinanderfolgenden Mikrozensen aufgrund überlappender Stichproben zu Mehrfachzählungen befragter Personen kommen kann (vgl. Schroedter/Kalter 2008: 353).
- 6 In dem Beitrag sind die Ursachen der Partnerwahl von Migranten ausgeklammert worden. Es soll an dieser Stelle jedoch angemerkt werden, dass die Partnerwahl keine ausschließlich präferenzabhängige Entscheidung ist. Analysen zeigen, dass auch makrostrukturellen Faktoren bei der Erklärung von Unterschieden im Heirats-

verhalten zwischen Migrantengruppen eine recht bedeutende Rolle zukommt (vgl. Kalter/Schroedter 2010).

- Beck-Gernsheim, Elisabeth, 2006: *Transnationale Heiratsmuster und transnationale Heiratsstrategien*. *Soziale Welt* 57 (2): 111-129.
- Gordon, Milton M., 1964: *Assimilation in American life: The role of race, religion, and national origins*. New York: Oxford University Press.
- Hooghiemstra, Erna, 2001: *Migrants, partner selection and integration: Crossing borders?* *Journal of Comparative Family Studies* 32 (4): 601-626.
- Kalter, Frank, Schroedter, Julia H., 2010: *Transnational marriage among former labour migrants in Germany*. *Zeitschrift für Familienforschung* 22 (1): 11-36.
- Lieberson, Stanley, Waters, Mary C., 1988: *From many strands: Ethnic and racial groups in contemporary America*. New York: Russell Sage Foundation.
- Meng, Xin, Meurs, Dominique, 2009: *Inter-marriage, language, and economic assimilation process: A case study of France*. *International Journal of Manpower* 30 (1/2): 127-144.
- Muttarak, Raya, 2007: *Does interethnic union promote occupational mobility of ethnic minorities in Britain?* Department of Sociology, University of Oxford, Working paper 2007/04.
- Schroedter, Julia H., Kalter, Frank: 2008: *Binationale Ehen in Deutschland. Trends und Mechanismen der sozialen Assimilation*. S. 351-379 in: Frank Kalter (Hg.), *Migration und Integration. Sonderheft 48 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Wiesbaden: VS Verlag.

■ **Julia H. Schroedter**
Soziologisches Institut, Universität
Zürich
 Tel: 0041 / 44 635 23 53
 schroedter@soziologie.uzh.ch

ISA-Research Committee 55 „Social Indicators“

Das RC 55 „Social Indicators“ wird sich am zweiten Forum of Sociology der International Sociological Association beteiligen, das vom 1.-4. August 2012 in Buenos Aires stattfinden wird. Weitere Informationen zum 2. ISA Forum finden sich auf der ISA-Website (<http://www.isa-sociology.org/buenos-aires-2012>).

Detaillierte Informationen und ein Call for Papers für die geplanten Veranstaltungen des RC55 in diesem Rahmen werden voraussichtlich ab Ende August auf der Website des ZSI (www.gesis.org/soziale-indikatoren) sowie des RC55 (www.isa-sociology.org/rc55.htm) zur Verfügung stehen. Die Deadline für die Einreichung von Abstracts ist der 15. Dezember 2011.

Arbeitszeiten außerhalb der Normalarbeitszeit nehmen weiter zu

Eine Analyse zu Arbeitszeitarrangements und Arbeitszufriedenheit

Die Arbeitszeitpolitik der vergangenen Jahre zielte vielfach auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Ein Grund für diese Flexibilisierungspolitik ist in der Flexibilisierung der Produktmärkte zu sehen. Durch eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und dem Übergang zum Ausgleich von Nachfrageschwankungen nicht über die Lagerhaltung, sondern über die Produktionsmenge (Bosch 2003) haben flexible Arbeitszeitformen in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden beschrieben, wie sich die Verbreitung von Wochenend-, Abend- und Nachtarbeit seit 1995 in Deutschland entwickelt hat. Zudem wird auf die Nutzung unterschiedlicher Regelungen zum Ausgleich von Überstunden eingegangen. In einer Regressionsanalyse basierend auf Paneldaten wird die Frage untersucht, wie sich unterschiedliche Formen flexibler Arbeitszeiten auf die Arbeitszufriedenheit als Indikator der Qualität der Arbeit aus Sicht der Erwerbstätigen auswirken.¹

Basis der folgenden Analysen sind Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP ist eine jährliche Haushaltsbefragung, die in Westdeutschland seit 1984 und in Ostdeutschland seit 1990 durchgeführt wird.²

Die Arbeitszufriedenheit wird im SOEP mit der Frage „Wie zufrieden sind Sie heute mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? ... mit Ihrer Arbeit?“ erhoben. Die Probanden geben ihre Zufriedenheit auf einer Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“ an. Zu den individuellen Arbeitszeiten liegen für verschiedene Erhebungsjahre Informationen über den Umfang und die zeitliche Lage vor, sowie über das Arbeitszeitarrangement und die Abgeltung von Überstunden. Im Hinblick auf den Arbeitsumfang ist die übliche Wochenarbeitszeit, die vertragliche wöchentliche Arbeitszeit und die gewünschte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich/-verzicht erfasst. Dies ermöglicht die Bestimmung von Überstunden und Abweichungen zwischen tatsächlicher und gewünschter Arbeitszeit. Zur Lage der Arbeitszeiten wurde gefragt, ob Personen abends, nachts, an Samstagen und an Sonntagen arbeiten. Als regelmäßig samstags oder sonntags arbeitend gilt im Weiteren, wer angab, mindestens einmal pro Monat an diesen Tagen zu arbeiten. Als Abend-/Nachtarbeiter wurde eingestuft, wer mindestens einmal pro Woche in der Zeit von 19 bis 22 Uhr / 22 bis 6 Uhr arbeitet. Die Probanden wurden zudem nach der an ihrem Arbeitsplatz üblichen Abgeltung von Überstunden gefragt. Hierbei konnte zwischen den Antwortkategorien keine Überstunden, Bezahlung, Abfeiern, teils bezahlt und teils abgefeiert und keine Abgeltung gewählt werden.

Informationen über die konkreten Arbeitszeitregelungen liegen für die Jahre 2003, 2005 und 2007 vor, wobei zwischen festen Arbeitszeiten, wechselnden Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten und selbst festgelegten Arbeitszeiten unterschieden wird. Im Jahr 2003 wurden jedoch

keine Informationen über die Lage der Arbeitszeit erhoben. Selbständige werden nicht betrachtet, da diese häufig sehr frei über ihre Arbeitszeiten bestimmen können. Durch die damit verbundene höhere Zeitsouveränität ist davon auszugehen, dass Arbeitszeiten für Selbständige eine andere Bedeutung haben als für abhängig Beschäftigte.

Arbeitszeiten außerhalb der Normalarbeitszeit nehmen weiter zu

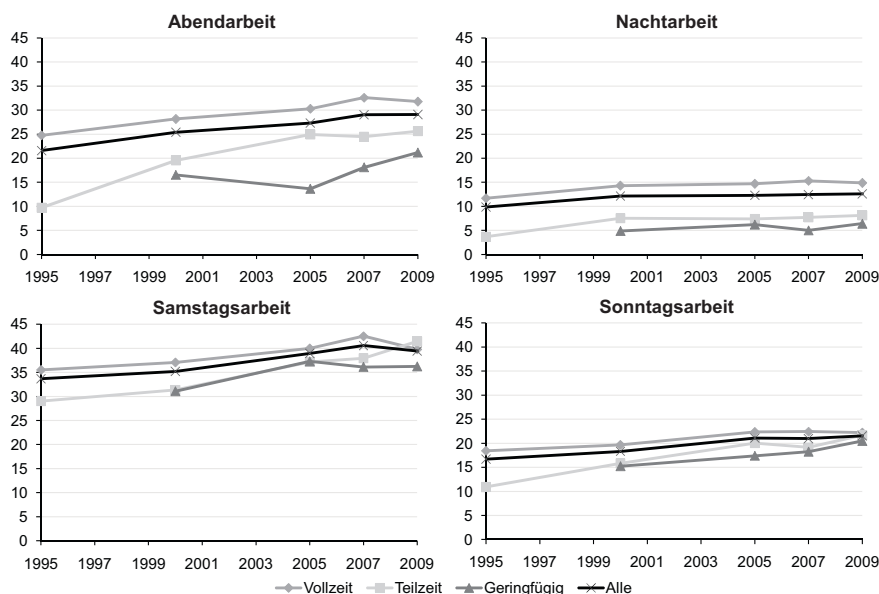
Neben Entwicklungen wie der Globalisierung, die den Wettbewerbsdruck auf die Unternehmen erhöht hat, haben auch nationale Entwicklungen wie die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten den Druck auf traditionelle Arbeitszeitmuster erhöht. Diese Entwicklung zeichnet sich in Grafik 1 ab. Der Anteil der Erwerbstätigen, die regelmäßig abends, nachts

oder am Wochenende arbeiten, hat seit 1995 deutlich zugenommen. Am weitesten verbreitet ist die Arbeit an Samstagen. Seit 1995 ist der Anteil der Erwerbstätigen, die regelmäßige Samstagsarbeit leisten, bis 2009 um 6 Prozentpunkte auf 40% angestiegen. Eine überproportionale Steigerung der Samstagsarbeit ist bei Teilzeitbeschäftigten³ zu beobachten, von denen 41% angeben, regelmäßig an Samstagen zu arbeiten. Bei der Sonntagsarbeit zeigt sich auf niedrigerem Niveau ein vergleichbares Bild. Der Anteil der Erwerbstätigen, die regelmäßig sonntags arbeiten, nahm zwischen 1995 und 2009 um 5 Prozentpunkte auf 22% zu. Personen in geringfügiger Beschäftigung oder Teilzeit waren von der zunehmenden Sonntagsarbeit überdurchschnittlich betroffen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit regelmäßiger Sonntagsarbeit stieg seit 1995 um 11 Prozentpunkte und lag im Jahr 2009 bei 22%.

Besonders deutlich wird die für Teilzeitbeschäftigte überproportionale Zunahme atypischer Arbeitszeiten bei der Abendarbeit. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit regelmäßiger Abendarbeit (19-22 Uhr) stieg im Zeitraum von 1995 bis 2009 von 10 auf 26% (Erwerbstätige insgesamt 29%). Die Zahl der Erwerbstätigen in Nachtarbeit ist insbesondere zwischen 1995 und 2000 angestiegen. Im Gegensatz zur Abendarbeit war danach nur noch eine geringe Zunahme zu beobachten.

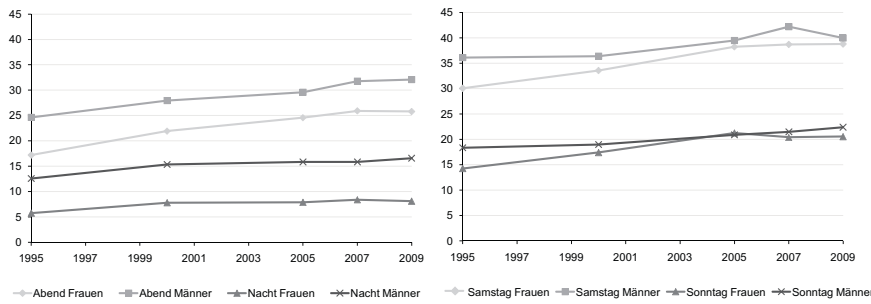
Insgesamt ist festzustellen, dass der Anteil der Erwerbstätigen, die außerhalb der ‚Normalarbeitszeit‘ arbeiten, von 1995 bis 2009 deutlich zugenommen hat. Vollzeit Erwerbstätige sind im Allgemeinen häufiger von atypischen Arbeitszeiten betroffen als Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigte. Der Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung mit atypischen Arbeitszeiten hat seit 1995 jedoch deutlich zugenommen und nähert sich dem Niveau von Vollzeit Erwerbstätigen

Grafik 1: Anteil regelmäßiger Wochenend-, Abend- und Nachtarbeit nach Umfang der Erwerbstätigkeit in Deutschland 1995 bis 2009 (in %)



Datenbasis: SOEP 1995/2000/2005/2007/2009, gewichtet.

Grafik 2: Anteil regelmäßiger Wochenend-, Abend- und Nachtarbeit nach Geschlecht in Deutschland 1995 bis 2009 (in %)



Datenbasis: SOEP 1995/2000/2005/2007/2009, gewichtet

an. Im Jahr 2009 lag der Anteil der samstags Arbeitenden bei Teilzeitbeschäftigten erstmals über dem Niveau von Vollzeitbeschäftigten.

Im Hinblick auf Abend- und Nachtarbeit werden auch Geschlechterunterschiede erkennbar. Der Anteil der erwerbstätigen Männer mit regelmäßiger Abendarbeit lag 2009 bei 32% und damit deutlich über dem Niveau von Frauen (26%). Gleiches gilt für Nachtarbeit, von der 2009 16% der erwerbstätigen Männer gegenüber 8% der Frauen betroffen waren (vgl. Grafik 2). Hinsichtlich der Wochenendarbeit haben sich die Arbeitszeitmuster von Frauen und Männern angenähert. Während der Anteil der Männer mit regelmäßiger Samstagarbeit 1995 noch 6 Prozentpunkte über dem von Frauen lag, betrug die Differenz im Jahr 2009 nur noch 1 Prozentpunkt. Bei der Sonntagsarbeit reduzierte sich der Abstand im selben Zeitraum

von 4 auf 2 Prozentpunkte. Sowohl für Männer als auch für Frauen gilt, dass der Anteil von Abend-, Nacht- und Wochenendarbeit seit 1995 deutlich zugenommen hat.

Atypische Arbeitszeiten am häufigsten im Gastgewerbe und Transportsektor

In welchen Branchen Arbeit außerhalb der ‚Normalarbeitszeit‘ am weitesten verbreitet ist, zeigt Grafik 3. Auffallend ist dabei der hohe Anteil der Erwerbstätigen im Gastgewerbe, die von atypischen Arbeitszeiten betroffen sind. Dies gilt für alle vier betrachteten Aspekte aber vor allem für die Verbreitung der Wochenendarbeit. Regelmäßig an Samstagen arbeiten 80% und an Sonntagen 70% der im Gastgewerbe Beschäftigten. Von Abend- und Nachtarbeit stark betroffen sind auch Erwerbstätige im Transportsektor. Der Anteil regelmäßiger

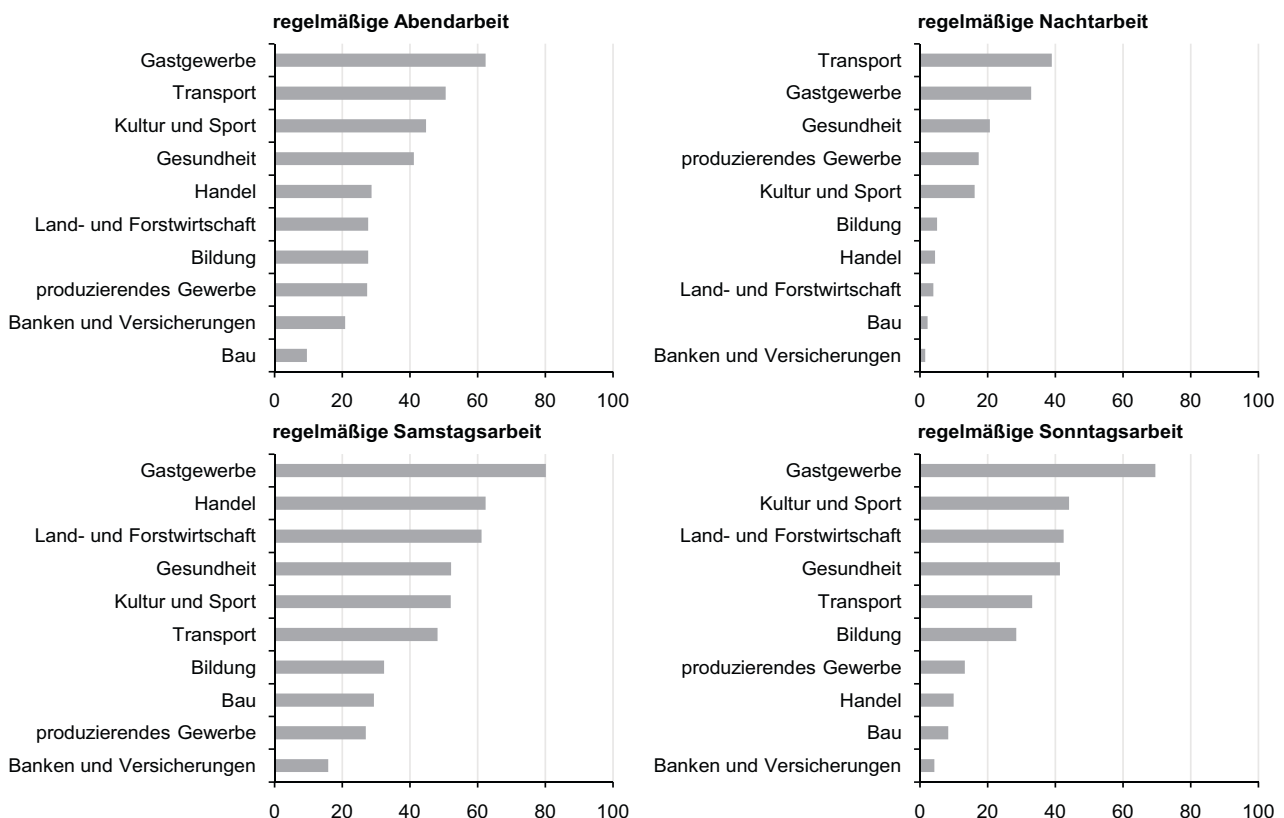
Abendarbeit lag für diese Gruppe 2009 bei 51%, der Anteil regelmäßiger Nachtarbeit bei 39%. Durch die verbliebenen Beschränkungen der Ladenöffnungszeiten sind Beschäftigte im Handel zwar kaum von Nacht- und Sonntagsarbeit betroffen (5 bzw. 10%), regelmäßige Arbeit an Samstagen leisten jedoch fast zwei Drittel der im Handel Tätigen. Am wenigsten verbreitet sind ungewöhnliche Arbeitszeiten in der Baubranche sowie bei Banken und Versicherungen.

Eine Flexibilisierung ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die Lage der Arbeitszeiten zu beobachten, auch die Arbeitszeitarrangements sind flexibler geworden. Flexible Arbeitszeitregelungen wie z. B. Arbeitszeitkonten erweitern dabei die Möglichkeiten des Umgangs mit Überstunden. Dabei fallen zwei Beobachtungen auf (Grafik 4): Zum einen stieg bis 1998 der Anteil der bezahlten Überstunden, zum anderen nahm der Anteil von Personen deutlich ab, die Überstunden generell abfeiern. Mischformen, die sowohl das Abfeiern als auch die Bezahlung von Überstunden zulassen, haben dagegen stark zugenommen. Diese Trends lassen sich sowohl bei Vollzeit- als auch bei Teilzeitbeschäftigten beobachten.

Höhere Arbeitszufriedenheit bei selbstbestimmten Arbeitszeiten

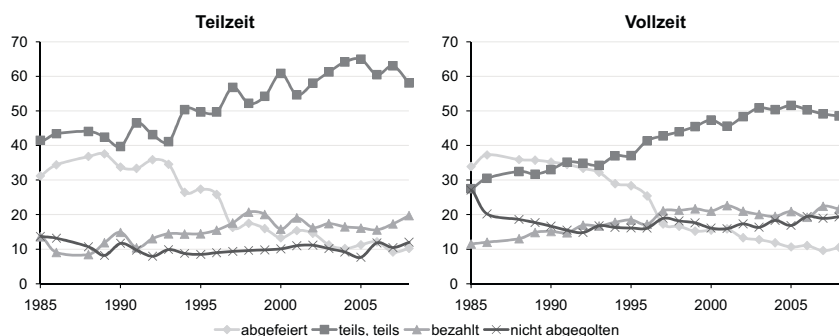
Mit Blick auf die beschriebenen Flexibilisierungstendenzen stellt sich die Frage, inwiefern flexible Arbeitszeitformen die Qualität der Arbeit aus Sicht der Erwerbstätigen beeinflussen. Als subjektiver Indikator zur Analyse

Grafik 3: Anteil regelmäßiger Wochenend-, Abend- und Nachtarbeit nach Branchen in Deutschland 2009 (in %)



Datenbasis: SOEP 1995/2000/2005/2007/2009, gewichtet.

Grafik 4: Anteil der Überstundenregelungen bei in Teilzeit und Vollzeit Erwerbstätigen in Deutschland 1985 bis 2008 (in %)



Datenbasis: SOEP 1985 bis 2008, gewichtet.

dieser Fragestellung wird im Weiteren auf die Arbeitszufriedenheit zurückgegriffen. Tabelle 1 gibt dazu das durchschnittliche Niveau der Arbeitszufriedenheit von Voll- und Teilzeitbeschäftigten mit unterschiedlich ausgestalteten Arbeitszeiten wieder. Bei Vollzeitbeschäftigten fällt in Bezug auf die Lage der Arbeitszeiten auf, dass Personen mit regelmäßiger Nachtarbeit eine signifikant geringere Arbeitszufriedenheit aufweisen, Personen mit regelmäßiger Sonntagsarbeit hingegen weisen eine höhere Arbeitszufriedenheit auf. Bei Teilzeiterwerbstitigen zeigt sich eine signifikant geringere Arbeitszufriedenheit bei regelmäßiger Abend- und Samstagsarbeit. Insgesamt sind die Differenzen jedoch relativ klein. Gleiches gilt für die Arbeitszufriedenheit bei Personen mit unterschiedlichen Formen der Überstundenabgeltung. Eine höhere Arbeitszufriedenheit ist insbesondere bei Vollzeitbeschäftigten zu beobachten, die keine Überstunden leisten. Für Teilzeitbeschäftigte zeigt sich ein deutlicher Unterschied im Fall von nicht abgegoltenen Überstunden. Personen mit wechselnden Arbeitszeiten oder Schichtarbeit weisen eine deutlich geringere Arbeitszufriedenheit auf, wohingegen Personen mit selbstbestimmten Arbeitszeiten eine im Durchschnitt deutlich höhere Arbeitszufriedenheit angeben.

Die dargestellten bivariaten Befunde zum Zusammenhang von flexiblen Arbeitszeiten und der Arbeitszufriedenheit sollen im Folgenden anhand einer multivariaten Regressionsanalyse genauer untersucht werden. Multivariate Regressionsverfahren ermöglichen die Isolierung des Effekts einzelner Aspekte der Arbeitsbedingungen auf die Arbeitszufriedenheit. Dadurch kann die Frage überprüft werden, ob sich die Arbeit außerhalb der Normalarbeitszeit, das Arbeitszeitarrangement (feste Arbeitszeiten, wechselnde oder Schichtarbeit, selbstbestimmte Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten) sowie der Umgang mit Überstunden unter sonst gleichen Bedingungen positiv oder negativ auf die Arbeitszufriedenheit auswirken. Die Regressionsanalyse wird getrennt für Teil- und Vollzeitbeschäftigte durchgeführt, weil Teilzeiterwerbstitige aufgrund des geringeren zeitlichen Umfangs ihrer Tätigkeit berufliche und private Interessen besser vereinbaren können. Es ist deshalb davon auszugehen,

dass ungewöhnliche Arbeitszeiten für Teilzeitbeschäftigte eine andere Rolle spielen als für Vollzeitbeschäftigte.

Für die Regressionsanalyse werden Daten der SOEP Wellen 2005 und 2007 genutzt. Die Nutzung von Paneldaten, also Beobachtungen derselben Personen zu mehreren Zeitpunkten, hat gegenüber Querschnittsdaten den Vorteil, dass Informationen über die Arbeitszufriedenheit vor und nach einem Wechsel der Arbeitszeiten vorliegen. Während Querschnittsdaten auf einem Vergleich von Personen in unterschiedlichen Arbeitsbedingungen beruhen, erlauben Paneldaten den Vergleich der Arbeitszufriedenheit vor und nach einem Wechsel der Arbeitsbedingungen einer Person.⁴

Aufgrund des gewählten Beobachtungszeitraums von 2005 bis 2007 kann eine Änderung der Arbeitszeiten bis zu zwei Jahre zurückliegen. Die berechneten Effekte sind folglich eine Mischung aus kurz- und mittelfristigen Auswirkungen dieser Änderung auf die Arbeitszufriedenheit. Clark et al. (2008) haben

gezeigt, dass die meisten Lebens- und Arbeitsmarktereignisse nur eine zeitweilige Auswirkung auf die Lebenszufriedenheit haben. Nach wenigen Jahren hat sich die Zufriedenheit nach z. B. Hochzeiten oder Todesfällen in der Familie im Durchschnitt wieder an das Niveau vor dem Eintritt des Ereignisses angeglichen. Für die hier untersuchte Fragestellung bedeutet dies, dass es möglich ist, dass die gemessenen positiven oder negativen Effekte bei der Wahl eines längeren Beobachtungszeitraums geringer ausfallen oder nicht mehr messbar sind. Die Ergebnisse der Regressions-schätzungen sind in Tabelle 2 zusammengefasst. Dabei wird sichtbar, dass die Bedeutung der Abgeltung von Überstunden bei Voll- und Teilzeitarbeitnehmern eine unterschiedliche Rolle spielt. Vollzeitbeschäftigte sind im Vergleich zu einer Tätigkeit mit bezahlten Überstunden selbst dann nicht signifikant unzufriedener, wenn Überstunden überhaupt nicht abgegolten werden. Bei Teilzeitbeschäftigten zeigt sich hingegen eine klare Präferenz für bezahlte Überstunden. Dies ist der Fall, obwohl mögliche Abweichungen von gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit berücksichtigt werden und deutet darauf hin, dass Vollzeitbeschäftigte sich eher mit ihrer ganzen Arbeitskraft verpflichtet sehen, was in einem gewissen Umfang auch Überstunden beinhaltet. Teilzeitarbeiter werden dagegen ausdrücklich nur für einen Teil ihrer Arbeitskraft eingestellt und bestehen deshalb möglicherweise mit mehr Nachdruck auf die Abgeltung von Überstunden. Überstunden spielen für Teilzeitarbeiter bei der Bewertung des Arbeitsplatzes folglich eine größere Rolle. Auch Abweichungen von gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit (Über- bzw. Unterbeschäftigung) wirken sich bei Teilzeitbeschäftigten signifikant negativ auf die Arbeitszufriedenheit aus, nicht aber bei Vollzeitbeschäftigten.

Tabelle 1: Durchschnittliche Arbeitszufriedenheit (0 - 10) von Voll- und Teilzeitbeschäftigten mit unterschiedlichen Arbeitszeiten

	Durchschnittliche Arbeitszufriedenheit	
	Vollzeit	Teilzeit
Insgesamt	7.0	7.0
regelmäßige Abendarbeit	7.0	6.9***
regelmäßige Nachtarbeit	6.9***	6.9
regelmäßige Samstagsarbeit	7.0	6.9**
regelmäßige Sonntagsarbeit	7.1**	7.1
Überstunden		
- bezahlt	6.9**	7.1
- abgefeiert	7.0*	7.0
- nicht abgegolten	7.0	6.8*
- teils bezahlt, teils abgefeiert	6.9***	6.9
- keine Überstunden	7.1***	7.1**
Arbeitszeitarrangements		
- feste Zeiten	7.0*	7.0
- wechselnde Arbeitszeiten/ Schichtarbeit	6.8***	6.9***
- selbstbestimmte Arbeitszeiten	7.2***	7.3***
- Arbeitszeitkonten	7.0	7.1

Hinweise: *: p-value<0,1; **: p-value<0,05; ***: p-value<0,01 von Wilcoxon Rangsummentests der Mittelwertgleichheit von Erwerbstätigen mit und ohne eine bestimmte Arbeitszeitregelung
Datenbasis: SOEP 2005 bis 2007, gepoolte Daten

Lage der Arbeitszeit beeinflusst Arbeitszufriedenheit kaum

Der Einfluss der Lage der Arbeitszeiten auf die Arbeitszufriedenheit ist insgesamt erstaunlich gering. Sowohl bei einem Wechsel in Abend- und Nachtarbeit als auch bei einem Wechsel in Samstagsarbeit ist keine signifikante Wirkung auf die Arbeitszufriedenheit festzustellen. Um zu berücksichtigen, dass ungewöhnliche Arbeitszeiten für Familien mit Kindern eine besondere Belastung sein können, wurde überprüft, ob sich bei Erwerbstätigen mit Kindern möglicherweise spezifische Auswirkungen auf die Arbeitszufriedenheit zeigen. Auch für diese Personen sind kaum signifikante negative Effekte auf die Arbeitszufriedenheit zu beobachten. Ein stark negativer Effekt auf die Arbeitszufriedenheit zeigt sich lediglich bei Teilzeitarbeitenden aus Haushalten mit Kindern, die in regelmäßige Sonntagsarbeit wechseln. Der insgesamt geringe Einfluss der Lage der Arbeitszeiten für die Arbeitszufriedenheit dürfte vermutlich darauf zurückzuführen sein, dass eine Selbstselektion von Arbeitnehmern in individuell passende Arbeitszeitmuster stattfindet. Personen, die z. B. eine ausgeprägte Präferenz für Tagarbeit haben, können bislang Abend- und Nachtarbeit überwiegend vermeiden.

Im Hinblick auf die Arbeitszeitregelung zeigt sich ein signifikanter Effekt selbstbestimmter Arbeitszeiten. Vollzeitbeschäftigte mit selbstbestimmten Arbeitszeiten sind signifikant zufriedener als in einer Tätigkeit mit festen Arbeitszeiten. Für andere Arbeitszeitregelungen weicht die Arbeitszufriedenheit nicht signifikant von der bei festen Arbeitszeiten ab. Insbesondere im Hinblick auf wechselnde Arbeitszeiten oder Schichtarbeit widerspricht dies den Ergebnissen der bivariaten Analyse. Die insgesamt moderate Wirkung der Lage und Regelung von Arbeitszeiten auf die Arbeitszufriedenheit kann mehrere Gründe haben. Zum einen ist es möglich, dass die Flexibilität der Arbeitszeiten für die Arbeitszufriedenheit eine geringe Rolle spielt, zum anderen scheinen sich die betroffenen Arbeitnehmer zumeist schnell an veränderte Arbeitszeiten anzupassen.

Die fixed-effects Panelanalyse nutzt zur Schätzung des Effekts veränderter Arbeitszeiten nur Personen, deren Arbeitszeitmuster sich zwischen den beiden Befragungszeitpunkten 2005 und 2007 verändert hat. Eine Generalisierung der Ergebnisse auf alle Arbeitnehmer unterstellt, dass sich dieser Personenkreis nicht systematisch von anderen Arbeitnehmern unterscheidet. Es ist jedoch denkbar, dass durch Selbstselektion am Arbeitsmarkt z. B. überwiegend Personen in atypische Arbeitszeiten wechseln, die sich durch diese nicht beeinträchtigt sehen. Kommt es zu einer fortgesetzten Ausweitung der Arbeitszeiten, können zukünftig in zunehmendem Maße Personen unfreiwillig betroffen sein und durch atypische Arbeitszeiten stärker beeinträchtigt werden.

Ein weiterer Grund für den relativ geringen Einfluss flexibler Arbeitszeiten kann die gewählte Zielgröße, die Arbeitszufriedenheit, sein. Befragte könnten Probleme bei der Koordination ihres Berufs- und Privatlebens als einen Konflikt betrachten, der nicht mit der Arbeit an sich verbunden ist. Positive oder negative Aspekte der Arbeitszeitflexibilität würden sich dann eher in der Lebenszufriedenheit als in der Arbeitszufriedenheit niederschlagen. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass die Ausweitung der Arbeitszeiten in Bereiche außerhalb der Normalarbeitszeit, also in den Abend, in die Nacht und in das Wochenende in Deutschland von 1995 bis 2009 weiter zugenommen hat. Allgemein sind Vollzeiterwerbstätige häufiger von ungewöhnlichen Arbeitszeiten betroffen als Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigte. Von der Zunahme ungewöhnlicher Arbeitszeiten seit 1995 waren die beiden letztgenannten Gruppen jedoch überdurchschnittlich betroffen. Der Abstand des Anteils der von Abend-, Nacht- und Wochenendarbeit betroffenen Erwerbstätigen in Voll- und Teilzeit hat sich dadurch deutlich verringert.

Hinsichtlich der Behandlung von Überstunden lassen sich zwei Trends erkennen: Zum einen

stieg von 1985 bis etwa 1998 der Anteil der Beschäftigten, die Überstunden generell ausbezahlt bekommen, zum anderen nahm der Anteil der Personen deutlich ab, die Überstunden grundsätzlich abfeiern. Mischformen, die sowohl das Abfeiern als auch die Bezahlung von Überstunden zulassen, haben dagegen stark zugenommen. Diese Entwicklungen sind sowohl bei Vollzeit- als auch bei Teilzeitbeschäftigten zu beobachten.

Die Analyse der Auswirkungen flexibler Arbeitszeitformen auf die Arbeitszufriedenheit ergab einen insgesamt moderaten Einfluss der Arbeitszeiten. Es wurden jedoch Unterschiede zwischen abhängig Beschäftigten in Teilzeit und Vollzeit deutlich. Während die Arbeitszufriedenheit von Vollzeitbeschäftigten durch den Wechsel in selbstbestimmte Arbeitszeiten signifikant steigt, spielt für Teilzeitarbeiter insbesondere die Behandlung von Überstunden eine wichtige Rolle. Bezahlte Überstunden werden gegenüber allen anderen Abteilungsarten bevorzugt. Ein stark negativer Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit zeigt sich bei regelmäßiger Sonntagsarbeit von Teilzeitbeschäftigten aus Haushalten mit Kindern.

Tabelle 2: Fixed-Effects-Schätzung der Arbeitszufriedenheit; abhängig Beschäftigte 2005 und 2007; getrennt für Vollzeit- und Teilzeitarbeitende

Variable	Vollzeitbeschäftigte (n=6478) Koef.	Teilzeitbeschäftigte (n=1204) Koef.
Überstunden werden (Ref. bezahlt)		
- abgefeiert	0.072	-0.846*
- nicht abgegolten	-0.114	-1.182**
- teils bezahlt, teils abgefeiert	-0.134	-1.002*
- keine Überstunden	0.008	-0.649
Würde Arbeitszeit gerne um x h reduzieren	-0.008	-0.033*
Würde gerne um x h mehr arbeiten	-0.003	-0.039**
Abendarbeit		
- regelmäßig	-0.024	-0.481
- regelmäßig und Kinder im Haushalt	0.053	0.714
Nachtarbeit		
- regelmäßig	-0.170	1.011
- regelmäßig und Kinder im Haushalt	-0.071	-0.428
Arbeit an Samstagen		
- regelmäßig	0.011	-0.016
- regelmäßig und Kinder im Haushalt	-0.048	0.020
Arbeit an Sonntagen		
- regelmäßig	0.084	0.656
- regelmäßig und Kinder im Haushalt	0.059	-1.506**
Arbeitszeitarrangements (Ref. feste Zeiten)		
- wechselnde Arbeitszeiten/Schichtarbeit	-0.153	0.170
- wechselnd und Haushalt mit Kindern	0.250	-0.444
- selbstbestimmte Arbeitszeiten	0.276**	0.264
- selbstbestimmt und Haushalt mit Kindern	-0.236	-0.798
- Arbeitszeitkonten	0.134	0.086
- Arbeitszeitkonten und Haushalt mit Kindern	-0.058	-0.436
Konstante	7.571***	10.336***

*: p-value<0,1; **: p-value<0,05; ***: p-value<0,01

Kontrollvariablen: Stellung im Beruf, ln(Lohnsatz), Lohnwachstumsrate, Lohnzusatzleistungen, Ostdeutschland, befristete Beschäftigung, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitslosenquote auf Länderebene, im erlernten Beruf tätig, öffentlicher Dienst, Betriebszugehörigkeit, Arbeitsplatzwechsel im letzten Jahr, Unternehmensgröße, Haushaltsgröße, Jahresdummy

Datenbasis: SOEP 2005 und 2007

Herausgeber

GESIS – Leibniz-Institut für
Sozialwissenschaften
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/soziale-indikatoren

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30,
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

- 1 Eine frühere Version dieses Beitrags findet sich in Hanglberger (2011).
- 2 Für detaillierte Informationen zum SOEP vgl. <http://www.diw.de/soep>.
- 3 Als Teilzeit beschäftigt gelten Personen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 5 und 30 Stunden, Vollzeitbeschäftigte arbeiten 30 Wochenstunden oder mehr.
- 4 Die ökonometrische Umsetzung dieses Analyseansatzes erfolgt mit einem fixed-effects Panelmodell der Form $S_{it} = z_{it} \alpha + x_{it} \beta + g_i + u_{it}$. S_{it} steht dabei für die Arbeitszufriedenheit, z_{it} für einen Vektor mit Arbeitszeitcharakteristika und x_{it} für einen Vektor persönlicher, Haushalts- und sonstiger Arbeitsplatzcharakteristika (Bezahlung, Tätigkeit, Unternehmenseigenschaften, etc.) von Individuum i zum Zeitpunkt t . u_{it} ist ein Störterm. g_i umfasst beobachtete und nicht beobachtete Eigenschaften von Individuum i , die über die Zeit konstant

sind. Dies umfasst z. B. auch Niveauunterschiede der Arbeitszufriedenheit aufgrund unterschiedlicher genetischer Veranlagung oder Persönlichkeitsstruktur. Ein fixed-effects Panelmodell das auf zwei Beobachtungszeitpunkten beruht, entspricht einem Modell, indem die ersten Differenzen der Variablen gebildet werden. Für eine Einführung in fixed-effects Modelle sowie Modelle der ersten Differenzen siehe z. B. Wooldridge (2006) oder Greene (2008).

- Bosch, Gerhard, 2003: Das Normalarbeitsverhältnis in der Informationsgesellschaft. in: Dieter Klumpp, Herbert Kubicek, Alexander Roßnagel (Hg.), *Next generation information society? – Notwendigkeit einer Neuorientierung*. Mössingen-Talheim: Talheimer Verlag: 212-225.
- Clark, Andrew E., Diener, Ed, Georgellis, Yannis, Lucas, Richard E., 2008: *Lags and Leads in Life Satisfaction – A Test*

- of the Baseline Hypothesis*. *The Economic Journal*, Vol. 118, No. 529: 222-243.
- Greene, William H., 2008: *Econometric analysis*. 6th Edition. Upper Saddle River, NJ: Pearson Prentice Hall.
- Hanglberger, Dominik, 2011: *Arbeitszufriedenheit und flexible Arbeitszeiten – Empirische Analyse mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels*. in: Sigrid Bekmeier-Feuerhahn, Albert Martin, Joachim Merz, Ursula Weisenfeld (Hg.), *Die Dynamik tiefgreifenden Wandels in Gesellschaft, Wirtschaft und Unternehmen*. Münster u.a.: LitVerlag: 245-257.
- Wooldridge, Jeffrey M., 2006: *Introductory econometrics – A modern approach*. 3rd Edition. Ohio: Thomson South-Western.

■ **Dominik Hanglberger**
Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB),
LEUPHANA Universität Lüneburg
Tel: 04131 677 2051
hanglberger@uni.leuphana.de

11th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies

“Discovering New Frontiers in Quality of Life Research”

5.-9. Juni 2012, Lissabon

Vorankündigung

Die 11. Konferenz der International Society for Quality-of-Life Studies (ISQOLS) wird im Sommer 2012 unter dem Thema „Discovering New Frontiers in Quality of Life Research“ in Lissabon stattfinden.

Die internationale Konferenz bietet für verschiedene Wissenschaftsdisziplinen eine Plattform zur Präsentation und Diskussion von Beiträgen aus dem Bereich der Lebensqualitätsforschung. Neben verschiedenen Plenarveranstaltungen sind eine Vielzahl von speziellen Tracks/Sessions zu spezifischen thematischen Bereichen und Fragestellungen dieses florierenden und breiten Forschungsgebietes vorgesehen.

Detailliertere Informationen zu dieser Konferenz sowie ein ausführlicher Call for Papers werden demnächst auf der Website des ZSi (www.gesis.org/soziale-indikatoren) und der ISQOLS-Website (www.isqols.org) veröffentlicht.